

Antrag -**Der Landesparteitag möge beschließen:****Neufassung der Antragskommission zu L-01 REGIERUNGSPROGRAMM****1 2.3 Eine bessere und zukunftsfeste Gesundheits- und
2 Pflegeversorgung**

3

4 Gesundheit ist Voraussetzung für Wohlbefinden. Nur,
5 wer weiß, dass man im Krankheitsfall gut versorgt ist,
6 kann frei leben. Deshalb ist Gesundheit einer unserer
7 politischen Schwerpunkte. Wir stehen für die Freiheit
8 von Sorge und Angst. Wir wollen Gewissheit für alle
9 Menschen, dass sie die bestmögliche gesundheitliche
10 Versorgung erhalten.

11

12 Dienstleistungen, Produktion und Forschung für
13 Gesundheit sind aber auch zu einem maßgeblichen
14 Faktor für Beschäftigung und Wirtschaftskraft in
15 Nordrhein-Westfalen herangewachsen. Wir wollen
16 konkrete Projekte in den Regionen unterstützen
17 und damit dazu beitragen, dass die Kompetenzen
18 Nordrhein-Westfalens in der Gesundheitsversorgung,
19 – technik und – forschung auch über die Grenzen des
20 Landes hinaus wahrgenommen, genutzt und dadurch
21 weiter gestärkt werden.

22

23 ~~Deshalb~~ Wir betrachten wir Gesundheit nicht nur im
24 Lichte der aktuellen Corona-Krise, sondern weit darüber
25 hinaus. Wir wollen eine Gesundheitspolitik, die immer
26 überzeugt: Im Katastrophenfall genauso wie im Alltag.
27 Dafür treten wir an.

28

29 Außerdem treten wir für die Stärkung der
30 personellen, finanziellen und digitalen Ausstattung
31 der kommunalen Gesundheitsämter ein.

32

33 Wir stellen sicher, dass Menschen, die krank werden,
34 chronisch erkrankt sind oder eine Behinderung haben,
35 gut versorgt sind. Wir können dafür sorgen, dass die An-
36 gehörigen Zeit für ihre erkrankten Lieben haben, anstatt
37 herumzutelefonieren, um einen Platz im Krankenhaus
38 oder einen Termin beim Facharzt zu bekommen. Und wir
39 können dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen ein
40 Arbeitsplatz mit hoher Arbeitszufriedenheit wird. Das
41 alles können wir tun und deshalb werden wir es tun.

42

43 Zukunftsfähige Krankenhäuser

44

45 Beginnen wir mit den Krankenhäusern. Sie sind doch
46 mehr als Gebäude, in denen medizinische Versorgung
47 organisiert wird. Sie sind gleichzeitig Arbeitgeber, Wirt-
48 schaftsfaktor und Garant dafür, dass schnell gehol-

49 fen werden kann, wenn Hilfe gebraucht wird. Ge-
50 nau deshalb – weil Krankenhäuser wichtig für die Ge-
51 sellschaft sind – werden wir landesweit alle Kran-
52 kenhausstandorte erhalten, manche möglicherweise
53 mit verändertem Versorgungsauftrag. Mit Schließun-
54 gen soll endlich Schluss sein, aber Wandel ist nötig.
55

56 Sie können einem kranken Menschen nicht erklä-
57 ren, dass es für sie oder ihn kein Krankenhaus in
58 der Nähe gibt, weil Krankenhausstandorte allein an
59 Faktoren wie Bevölkerungsdichte und demografischer
60 Struktur bemessen wurden. Wer krank ist, braucht
61 ein Krankenhaus vor Ort. Das Land berücksichtigt
62 bei der Krankenhausplanung, dass wohnortnah eine
63 kinderchirurgische Grundversorgung für (Klein)Kinder
64 gegeben sein muss. Eines, das so nah ist, dass ein lie-
65 ber Freund mit Blumenstrauß leicht zu Besuch kommen
66 kann.

67
68 Das zu organisieren ist möglich.

69
70 Dafür müssen wir den ambulanten und stationären
71 Sektor neu ordnen. Das heißt, dass wir politisch da-
72 für sorgen, dass ambulante Versorgungsangebote und
73 bestehende Krankenhäuser enger zusammenarbeiten.
74 Heute trennt man diese Angebote allein aus bürokrati-
75 schen, aber nicht aus medizinischen Gründen. Wir ver-
76 stehen unseren Auftrag so, dass wir solche bürokrati-
77 schen Unsinnigkeiten zu verändern haben. Wir lösen da-
78 her die künstlichen Grenzen von ambulant und statio-
79 när, von gesetzlicher Krankenversicherung und gesetzli-
80 cher Pflegeversicherung auf. Zusammenarbeit statt Zu-
81 ständigkeitsabgrenzung. So entsteht mehr Wirtschaft-
82 lichkeit ohne neuen Druck auf die Beschäftigten.

83
84 Die Verzahnung der ambulanten und stationären
85 Gesundheitsversorgung benötigt entsprechende
86 organisatorische Strukturen. Hierfür werden wir die
87 Möglichkeiten von Medizinischen Versorgungszentren
88 (MVZ) und Integrierten sektorenübergreifenden
89 Gesundheitszentren (ISGZ), also die Verknüpfung der
90 ambulanten und der stationären Versorgung, besonders
91 in den Fokus nehmen. Bei Planungsgesprächen mit
92 Investoren und möglichen Trägern vor Ort setzen
93 wir uns für eine stärkere Einbindung der Kommune,
94 bzw. städtischen Beteiligungsorganisationen in die
95 Umsetzung ein.

96
97 Die unwirtschaftlichen Strukturen der Krankenhausfi-
98 nanzierung müssen reformiert werden. Weil ein solcher
99 Prozess langwierig ist, gehen wir in zwei Schritten vor.
100 Wir ändern schnell im bestehenden System die finan-
101 ziellen Rahmenbedingungen und sorgen für Entlastung

102 und arbeiten parallel an einem neuen Vergütungssystem
103 gemeinsam mit dem Bund.

104

105 Wichtig ist uns dabei, dass wir aus der Corona-Pandemie
106 die richtigen Schlüsse ziehen. Wir brauchen eine gute
107 Finanzierung für den Alltag und müssen Reserven an-
108 legen und Vorbereitungen für medizinische Krisenfäl-
109 le treffen. Im besten Falle brauchen wir sie nie, aber
110 wenn wir sie brauchen, ist getroffene Vorsorge besser,
111 als überrumpelt zu werden.

112

113 Nie wieder sollen medizinische Masken und Spritzen
114 ausgehen! Wir schaffen gesicherte Lieferketten und eine
115 abgestimmte Lagerhaltung für krisenrelevante Produk-
116 te wie z.B. persönliche Schutzausrüstung, Testkits und
117 Desinfektionsmittel. Gesundheit ist so wichtig, dass uns
118 das Lagerhaltungskosten wert ist.

119

120 Neue Kosten werfen immer die Frage auf, wo einge-
121 spart werden soll. Für uns ist klar, dass dies nicht bei
122 den Beschäftigten, nicht bei der Qualität, nicht bei den
123 Standorten passieren darf. Stattdessen machen wir uns
124 dran, Bürokratie und übermäßige Regulierung abzubauen.
125 Dass das geht und im Zweifelsfall notwendig ist, ha-
126 ben wir doch nun schon monatelang erlebt. Heute imp-
127 fen auch Apothekerinnen und Apotheker und andere
128 Professionen. Dass sie es lange nicht durften, war eine
129 unsinnige Regulierung, von denen es sehr viele gibt. Ge-
130 nau diese systematisch zu identifizieren und abzubauen,
131 ist unser Auftrag in den kommenden Regierungsjah-
132 ren.

133

134 Das alles hilft aber nur wenig, wenn jeder Gewinn aus
135 weniger Bürokratie von privaten Klinikbetreibern aus
136 dem System genommen wird. Wir wollen keine Ferien-
137 häuser finanzieren, sondern guten Gesundheitsschutz
138 hier vor Ort und deshalb werden wir die Gewinnent-
139 nahme für private Klinikbetreiber, Klinikgesellschaften
140 und Klinikkonzerne regulieren. Man darf mit Gesund-
141 heit Geld verdienen, aber unser Gesundheitssystem darf
142 nicht für den persönlichen Vorteil auf Verschleiß gefah-
143 ren werden. Wer diesen Markt nach unserer Regulierung
144 nicht mehr lukrativ genug findet, kann sich darauf ver-
145 lassen: Wir scheuen uns nicht, Kliniken wieder in kom-
146 munale Trägerschaft zu übernehmen.

147

148 Wir wollen, dass der Kostendruck sinkt und sind des-
149 halb bereit, mehr in Gesundheit zu investieren. Im
150 Gegenzug wollen wir aber auch, dass der Druck auf die
151 Beschäftigten im Gesundheitswesen merklich sinkt.
152 Dienstleistungen, die in Krankenhäusern anfallen und
153 nicht zu den eigentlichen Gesundheitsdienstleistungen
154 gehören – wie zum Beispiel die Reinigung, die Küche,

155 die Logistik, die Wäsche – wollen wir nicht länger in
156 Tochtergesellschaften ausgliedern lassen. Tarifflicht
157 und Dumpingtarifverträge in diesen Bereichen sind
158 unsozial, unwürdig und gesamtwirtschaftlich nicht
159 nachhaltig. Deshalb lautet unser Versprechen: Mehr
160 Geld für Gesundheit und mehr Lebensqualität für
161 die Beschäftigten. Neben den Krankenhäusern leisten
162 auch die Rehakliniken einen wichtigen Beitrag zur
163 Gesundheitsversorgung in unserem Land. Zusätzlich
164 sind sie wichtige Standortfaktoren in einigen Regionen
165 unseres Landes. Wir werden die Rehakliniken auch
166 bei zukünftigen Gesundheitsplanungen in NRW
167 unterstützen.

168

169 **Gesundheit für Alle in ganz Nordrhein-Westfalen**

170

171 Wir wollen in allen Landesteilen einen guten und wohn-
172 ortnahen Zugang zu medizinischer Versorgung und
173 gute vorsorgende Angebote, damit Menschen weni-
174 ger oft krank werden. Dazu stehen wir in Nordrhein-
175 Westfalen vor zwei Herausforderungen: Wir müssen
176 uns besonders um die Versorgung in ländlichen Berei-
177 chen und um die Versorgung in den Stadtteilen küm-
178 mern, in denen Menschen mit geringem Einkommen
179 leben. Nach der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen
180 Bundesvereinigung und der Kassenärztlichen Vereini-
181 gung Westfalen-Lippe werden wir bis zum Jahr 2030 –
182 also in 8 Jahren – rund 1.165 Hausärztinnen und Haus-
183 ärzte weniger haben als heute.

184

185 Wir wollen mehr Hausärztinnen und Hausärzte für die
186 ländlichen Bereiche Nordrhein-Westfalens und für die
187 Stadtteile, in denen wenig Privatpatienten zu erwarten
188 sind, finden. Dazu werden wir Anreizsysteme schaffen
189 – durch Studienstipendien, Praxiskredite und mehr Stu-
190 dienplätze für Medizin. Unser Ziel bleibt, dass der erste
191 Anlaufpunkt im Gesundheitssystem die Hausärztin/der
192 Hausarzt ist. Auch bei Fachärztinnen und Fachärzten
193 und besonders Kinderärztinnen und Kinderärzten gehen
194 wir neue Wege, um engagierte Frauen und Männer für
195 diese Aufgabe zu gewinnen.

196

197 Medizinische und rehabilitative Versorgung und
198 Pflege sind eine Teamleistung, in der Berufspraxis
199 müssen die Beteiligten Hand in Hand arbeiten. Auf
200 diese gemeinsame Zusammenarbeit bereitet das
201 jetzige Ausbildungssystem zu wenig vor. Pfleger*innen,
202 Therapeut*innen sowie Ärzt*innen kommen häufig erst
203 im Berufsalltag, aber nicht in Ausbildung und Studium
204 miteinander in Kontakt. Wir setzen uns für mehr
205 interdisziplinäre Ausbildungsanteile ein, um die Basis
206 für die gemeinsame Zusammenarbeit zu verbreitern.

207

208 Der Fachkräftemangel in der Pflege und den
209 therapeutischen Gesundheitsfachberufen wird durch
210 mangelnde Bildungs- und Aufstiegsperspektiven mit
211 verursacht. Wir schaffen in NRW auch für diese Berufe
212 die Rahmenbedingungen, um von der Ausbildung bis
213 zur Promotion in den entsprechenden Berufsfeldern
214 gelangen zu können. Hiermit einher geht die Förderung
215 von Forschung in den Therapieberufen und der Pflege
216 auch auf universitärem Niveau.

217

218 Der Einsatz von Hebammen muss flächendeckend si-
219 chergestellt werden. Hebammen erfüllen eine zentra-
220 le Rolle für werdende Mütter und Familien. Man muss
221 sich in Nordrhein-Westfalen darauf verlassen können,
222 dass die Geburt eines Kindes gut begleitet wird. Den
223 Bedarf an Hebammen werden wir mit zusätzlichen
224 Studienplätzen entsprechen.

225

226 Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen
227 und stellen die Versorgungssicherheit bei Schwanger-
228 schäftsabbrüchen her. Sie sollen Teil der ärztlichen Aus-
229 und Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfrei-
230 en Schwangerschaftsabbrüchen gehören zu einer ver-
231 lässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten Geh-
232 steigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und
233 Abtreibungsgegnern treten wir wirksam entgegen. Wir
234 stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungs-
235 einrichtungen sicher, die zukünftig auch online mög-
236 lich sein soll. Wir unterstützen die Initiativen auf Bun-
237 desebene zur Streichung des §219a, damit Ärztinnen
238 und Ärzte öffentliche Informationen über Schwanger-
239 schäftsabbrüche bereitstellen können, ohne eine Straf-
240 verfolgung befürchten zu müssen.

241

242 Gleiches gilt für die zahnärztliche Versorgung. Es
243 braucht sie flächendeckend und verlässlich im ganzen
244 Land. Sie gehört zu den grundlegenden, notwendigen
245 medizinischen Versorgungsangeboten in der Fläche.
246 Wie wohnortnahe ausgerichtete Patienten-Zahnarzt-
247 Beziehung ist für die Zahngesundheit der Bürgerinnen
248 und Bürger wichtiger Bestandteil der Versorgung. Das
249 erklärt sich ganz leicht: Man sollte regelmäßig zum
250 Zahnarzt zur Kontrolle gehen. Je länger man es auf-
251 schiebt, desto schlimmer wird es. Neue Praxen müssen
252 barrierefrei sein. Der Ausbau einer barrierefreien
253 Zahnarztversorgung ist ein wichtiger Baustein in der
254 allgemeinen Versorgung. Je weniger Praxen, je weiter
255 die Strecken zum Zahnarzt werden, desto größer wird
256 die Barriere diese Vorsorgeuntersuchungen wahrzu-
257 nehmen. Es ist also auch ökonomisch sinnvoll, lieber in
258 die breite Prävention, statt in teure Zahnbehandlungen
259 zu investieren, die hätten vermieden werden können.

260

261 Wir werden die derzeitigen Lücken bei der medizini-
262 schen Versorgung, sei es ambulant oder stationär, bei
263 psychischen und neurologischen Erkrankungen schlie-
264 ßen. psychischen, neurologischen und orthopädischen
265 Erkrankungen schließen.

266

267 Neben der Versorgung mit Krankenhäusern, Haus- und
268 Fachärztinnen und -ärzten wollen wir das Wissen der
269 Menschen über ihren Körper und ihre Gesundheit ver-
270 mehren. Wir wollen präventive Angebote, die sehr nied-
271 rigschwellig sind und es allen Menschen ermöglicht,
272 mehr auf sich und die eigene Gesundheit zu achten. Wir
273 wissen, dass es Lebenssituationen und Lebensumstän-
274 de gibt, die es schwer machen, sich ausreichend um sich
275 selbst zu kümmern. Wir wollen verschiedene Wege aus-
276 probieren, um dies zu ändern.

277

278 Wir setzen Gesundheitslotsen ein, die Betroffenen
279 und Angehörigen bei Fragen der Gesundheitsförderung
280 und -prävention begleiten. Gesundheitslotsinnen und -
281 lotsen können Betroffene und Angehörige auch bei Fra-
282 gen der häuslichen, stationären und sozialen Versor-
283 gung beraten und begleiten. Die Krankenkassen können
284 eine aktive Rolle bei den Gesundheitslotsen spielen. Die-
285 se Lotsen wollen wir mit Landesmitteln fördern.

286

287 Wir wollen in Ballungsräumen barrierefreie
288 „Gesundheits-Kioske“ einrichten und damit in den
289 Stadtteilen sicherstellen, dass es ein leicht zugäng-
290 liches und barrierefreies Angebot vor Ort gibt, bei
291 dem Menschen in Fragen von Gesundheitsförderung,
292 Krankheit und Pflege Informationen und Unterstützung
293 bekommen. Dazu gibt es bereits Projekte der AOK, die
294 wir landesweit ausbauen wollen. Ziel muss es sein,
295 Menschen in einer persönlichen gesundheitlichen Not-
296 situation mit oder ohne Krankenversicherung zu helfen.
297 Die Gesundheits-Kioske sollen ein vertrauensvoller und
298 akzeptierter Anlaufpunkt im Stadtteil werden. Dazu
299 ist es wichtig Menschen mit verschiedenen kulturellen
300 Hintergründen und Sprachkenntnissen für die Arbeit
301 vor Ort zu gewinnen. Die Gesundheits-Kioske können
302 auch wichtige Aufklärungsarbeit übernehmen: zur
303 Krebsvorsorge, zur Ernährung und für Angebote aus
304 dem Bereich Sport. Hier können viele Angebote, die
305 es bereits in einer Stadt gibt, gebündelt vorgestellt
306 werden.

307

308 Um Doppelstrukturen in den Kommunen zu vermeiden,
309 können diese Aufgaben auch an bereits bestehende und
310 etablierte Beratungsangebote vor Ort angedockt wer-
311 den.

312

313 Wir fühlen uns dem “Pakt für den Öffentlichen

314 Gesundheitsdienst“ verpflichtet und unterstützen
315 die personelle Stärkung und verbesserte digitale
316 Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

317

318 Die seelische Gesundheit eines jeden Menschen ist
319 neben der körperlichen Unversehrtheit das höchste
320 Gut. Die seelische Gesundheit ist für jeden einzelnen
321 Menschen wichtig sowie für die gesamte Gesellschaft.
322 Unsere Lebenswirklichkeit wird sich weiter verändern.
323 Wir müssen an unserer Anpassungs- und Widerstands-
324 fähigkeit arbeiten. Themen wie Depression, Suizid
325 und Einsamkeit dürfen keine Tabuthemen bleiben.
326 Themen wie psychische Erkrankungen wie Depression
327 sowie Suizid und Einsamkeit dürfen keine Tabuthemen
328 bleiben. Wir müssen gerade junge Menschen auf-
329 klären und sensibilisieren. Wir müssen die Krankheit
330 Depression enttabuisieren. Wir werden entsprechende
331 Präventionsmaßnahmen entwickeln und die Anzahl
332 an Klinikplätzen erhöhen. Wir werden Beratungsan-
333 gebote schaffen, die niedrigschwellig sind und die
334 kurzfristig zu erreichen sind. Damit ein Mensch in Not,
335 der Hilfe benötigt, nicht monatelang auf einen Termin
336 bei einer Psychologin oder einem Psychologen warten
337 muss. Wir müssen die psychischen Erkrankungen wie
338 Depression enttabuisieren. Wir werden entsprechende
339 Präventionsmaßnahmen entwickeln und die Anzahl
340 an ambulanten Therapieplätzen und Klinikplätzen
341 auch im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Bereich
342 erhöhen. Wir werden Beratungs- und Therapieangebote
343 schaffen, die niedrigschwellig sind und die kurzfristig
344 zu erreichen sind. Damit ein Mensch in Not, der Hilfe
345 benötigt, nicht monatelang auf einen Termin bei einer
346 Psychotherapeutin oder einem Psychotherapeuten
347 warten muss. Besonders Kinder und Jugendliche haben
348 unter der Pandemie gelitten. Die Zahl der Kinder, die an
349 Depressionen leiden, ist nochmal gestiegen. Durch den
350 Ausbau von schulpsychologischen Angeboten wollen
351 wir den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit
352 geben Lockdown-Erfahrungen zu verarbeiten.

353

354 Wir halten die Versorgungsverpflichtung bei psychi-
355 scher Erkrankung vor der Notwendigkeit einer statio-
356 nären Aufnahme für erforderlich. Dazu stärken wir die
357 gemeindepsychiatrischen Verbände, wo sie bestehen
358 und unterstützen ihren Aufbau landesweit zum Aufbau
359 kooperativer leistungserbringerübergreifender Struktu-
360 ren zur wohnortnahen Versorgung. Diese sollen die Un-
361 terstützung unter Berücksichtigung von Selbstbestim-
362 mung und Zwangsvermeidung in Kooperation sicher-
363 stellen.

364

365 Apotheken sind in vielen Regionen ebenfalls erste An-
366 laufstellen, wenn Menschen sich krank fühlen. Wir set-

367 zen uns dafür ein, dass es öffentliche, inhabergeführte Apotheken gibt, die den gesetzlichen Auftrag zur flächendeckenden barrierefreien Arzneimittelversorgung gut leisten können. Apothekerinnen und Apotheker leisten in vielen Situationen einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit ihrer Kundinnen und Kunden in der ambulanten Versorgung.

374

375 Für Familien wollen wir in den von uns neu geschaffenen Familienzentren an den Schulen Angebote zur gesundheitlichen Prävention anbieten. Gesunde Ernährung, Sportangebote, Angebote zur Förderung der Zahngesundheit und die Begleitung durch Hebammen. All das trägt zu besserer Gesundheitsvorsorge bei und senkt damit mittel- und langfristig die Gesundheitskosten insgesamt. Ein Zugewinn an Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger und eine Entlastung für das Gesundheitssystem.

385

386 **Pflege der Zukunft: Neue Konzepte für große Herausforderungen**

388

389 In Nordrhein-Westfalen werden aktuell 965.000 Menschen gepflegt. Drei Viertel von ihnen erhalten liebevolle Pflege durch ihre Angehörigen Zuhause. Eine Leistung der Angehörigen, die unseren Respekt verdient, die aber nicht überfordern darf. Wir wissen, dass der Bedarf an Pflege in den kommenden Jahren wegen der Alterung unserer Gesellschaft weiter ansteigen wird. Wir wissen auch, dass es der Wunsch der meisten Menschen ist, im eigenen Zuhause möglichst lange leben zu können. Damit das möglich ist, stellen wir jetzt die Weichen:

399

400 Unser Ziel ist es, die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Hier gilt es insbesondere für den Personenkreis der vollzeitarbeitenden pflegenden Angehörigen Entlastung zu schaffen. Zum Beispiel durch Streichung des Beitragszuschlags für Kinderlose, wenn sie Angehörige pflegen. Dazu wollen wir umfassende und ganzheitliche Beratungsangebote schaffen. In Pflegekompetenzzentren wollen wir alles Wissen über gesundheitliche Leistungen, finanzielle mögliche Leistungen und Pflegeangebote bündeln. Betroffenen und Angehörige sollen hier bestmöglich beraten werden. Wir wollen die bisherigen Pflegestützpunkte zu Pflegekompetenzzentren weiterentwickeln und in ihnen alles Wissen über gesundheitliche Leistungen, finanzielle mögliche Leistungen und Pflegeangebote bündeln. Betroffenen und Angehörige sollen hier bestmöglich beraten werden, um stationäre Aufenthalte zu vermeiden.

418

419 Wir wollen Pflegestützpunkte einrichten, die eine medi-

420 zinische und pflegerische Grundversorgung bieten, um
421 stationäre Aufenthalte zu vermeiden. In diesen Pfl-
422 gestützpunkten sollen neue, fachübergreifende Bera-
423 tungsangebote eingerichtet werden. Dort sollen spe-
424 ziell ausgebildete Lotsen mit Betroffenen und An-
425 gehörigen persönliche Unterstützungskonzepte entwi-
426 ckeln, die den langfristigen Erhalt der Lebensquali-
427 tät zum Ziel hat. Das umfasst die Gesundheitsversor-
428 gung ebenso wie den pflegerischen Unterstützungs-
429 bedarf und die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen
430 Teilhabe in der näheren Umgebung. So wollen wir
431 gewährleisten, dass Menschen mit Unterstützungsbe-
432 darf möglichst lange selbstbestimmt und zufrieden
433 im eigenen Zuhause leben können. Gleichzeitig wer-
434 den die Angehörigen so entlastet, weil sie auf ver-
435 lässliche Strukturen mit festen Ansprechpartnern ver-
436 trauen können. Wenn stationäre Pflege nötig wird,
437 muss sie am vertrauten Ort, erreichbar für Angehörige
438 und Bekannte möglich sein. Wir setzen uns daher
439 für wohnortnahe Pflegeplatzversorgung ein. Situation
440 Kinder / Jugendliche als pflegende Angehörige Kinder,
441 die ihre Eltern pflegen, so genannte „Young Carer“
442 brauchen besonders gezielte Beratung, Unterstützung
443 und Information. Es gilt hier ein niedrigschwelliges, gut
444 erreichbares Hilfsangebot zu etablieren.

445

446 Wir wollen ein Projekt aus unserem Nachbarland
447 Rheinland-Pfalz übernehmen und speziell und fach-
448 übergreifend ausgebildete Gemeindeschwestern ein-
449 setzen. Die Gemeindeschwester soll die Menschen nach
450 vorheriger Anmeldung zuhause besuchen und individu-
451 ell beraten. Das neue Angebot soll Beratung zur haus-
452 wirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung, zur
453 Wohnsituation, Möglichkeiten der Mobilität und Pflege
454 von Kontakten umfassen. Dazu soll aber auch die Ver-
455 mittlung gut erreichbarer Teilhabeangebote wie Senio-
456 rentreffen, Veranstaltungen und Bewegungskurse ge-
457 hören. Wo solche Angebote weniger stark vorhanden
458 sind, sollen die Gemeindeschwestern diese auch anre-
459 gen. Das schafft einen weiteren Baustein für die Ent-
460 wicklung gesundheits- und selbstständigkeitsförder-
461 der Angebote in den Kommunen.

462

463 Wir wollen ein Projekt aus unserem Nachbarland
464 Rheinland-Pfalz übernehmen und speziell und
465 fachübergreifend ausgebildete Fachkräfte als
466 „Gemeindeschwestern“ einsetzen. Die Fachkraft
467 soll die Menschen nach vorheriger Anmeldung
468 zuhause besuchen und individuell beraten. Das neue
469 Angebot soll Beratung zur hauswirtschaftlichen und
470 gesundheitlichen Versorgung, zur Wohnsituation,
471 Möglichkeiten der Mobilität und Pflege von Kontakten
472 umfassen. Dazu soll aber auch die Vermittlung gut

473 erreichbarer Teilhabeangebote wie Seniorentreffen,
474 Veranstaltungen und Bewegungskurse gehören. Wo
475 solche Angebote weniger stark vorhanden sind, sollen
476 die Fachkräfte diese auch anregen. Das schafft einen
477 weiteren Baustein für die Entwicklung gesundheits-
478 und selbstständigkeitsfördernder Angebote in den
479 Kommunen.

480

481 Weil in den kommenden Jahren mehr Menschen
482 pflegebedürftig werden, die keine eigenen Kinder
483 oder andere familiäre Unterstützung am Wohnort
484 haben, wollen wir alternative Wohnformen für Men-
485 schen mit Unterstützungsbedarf besonders fördern.
486 Dazu gehören beispielsweise Senioren- und Pflege-
487 Wohngemeinschaften. Wohngemeinschaften, die nicht
488 nur ein Angebot für ältere Menschen, sondern auch für
489 jünger Menschen (z.B.:mit Behinderung/ Pflegebedarf)
490 haben müssen.

491

492 Wir wollen, dass auch Menschen mit Unterstützungsbe-
493 darf von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitie-
494 ren können. Dazu wollen wir die Entwicklung unterstüt-
495 zender digitaler Instrumente fördern, die speziell Senio-
496 ren und pflegebedürftigen Menschen dienen und ihren
497 Alltag erleichtern.

498

499 Digitalisierung in Pflegeheimen heißt zum Beispiel das
500 Zusammenwirken von Pflegepatient, qualifizierter Pfl-
501 gekraft im Heim und Arzt ohne Notwendigkeit von
502 Transporten und des damit verbundenen Verlassens der
503 vertrauten Umgebung. Als Nebeneffekt wertet es die Tä-
504 tigkeit der Pflegekräfte deutlich auf.

505

506 Wichtig für uns ist: Menschen sollen so selbstbestimmt
507 wie möglich und so umsorgt wie nötig alt werden kön-
508 nen – mit einer flächendeckenden Pflegestruktur.

509

510 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für
511 uns die Arbeitsverhältnisse in denen gepflegt sind wird
512 von großer Wichtigkeit. Wir sehen, dass diejenigen, die
513 in der Pflege ausgebildet sind und arbeiten, häufig die
514 Ausbildung abbrechen oder im Durchschnitt nach sechs
515 Jahren aus dem Beruf aussteigen. Daraus ziehen wir fol-
516 gende Konsequenzen:

517

518 Wir wollen die Arbeitsbelastungen in den pflegenden
519 Berufen reduzieren, um mehr Menschen für diese wich-
520 tige Arbeit zu gewinnen. Dazu gehören kürzere, verläss-
521 liche und damit familienfreundlichere Arbeitszeiten und
522 eine angemessene Entlohnung, bessere Aufstiegschan-
523 cen und Möglichkeiten zur Weiterbildung.

524

525 Zudem wollen wir, dass Pflegende feste Plätze in den

526 Krisenstäben auf kommunaler- und Landesebene
527 haben, um dieser Perspektive mehr Gehör zu
528 verschaffen. Wir wollen mit Pflegekräften in den
529 intensiven und regelmäßigen Austausch gehen, um zu
530 erfahren, wo der Schuh drückt. Und wir wollen diese
531 Druckstellen dann angehen, es dürfen keine tiefen
532 Druckgeschwüre werden.

533

534 Wir wollen Menschen, die aus den pflegenden Berufen
535 ausgestiegen sind, zurückgewinnen. Durch Programme,
536 die nachqualifizieren und den Wiedereinstieg erleich-
537 tern.

538

539 Eine Pflegekammer gegen den Willen der Beschäftigten,
540 eine Zwangsmitgliedschaft, wird es mit uns nicht geben.
541 Pflege- und Betreuungskräfte aus dem Ausland, vorwie-
542 gend aus Osteuropa, sind zu einer wichtigen Säule der
543 häuslichen Versorgung geworden und wir begrüßen das
544 Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Entlohnung dieser
545 Menschen. Wir wollen deren Arbeitsbedingungen ver-
546 bessern, klare Regeln für Arbeits- und Ruhezeiten und
547 so einen rechtlichen Rahmen für Beschäftigung in der
548 häuslichen Pflege schaffen.

549

550 Der größte Pflegedienst in Deutschland ist die Familie.
551 Pflegende Angehörige sind eine entscheidende Stütze
552 bei der häuslichen Pflege. Zeiten der Pflege müssen in
553 der Berechnung der Rente berücksichtigt werden und
554 wir müssen organisieren, dass die Angehörigen in ih-
555 ren Berufen nicht abgehängt werden und Pflege, Familie
556 und Beruf vereinbaren können und später nicht ausge-
557 brannt und selbst krank werden.

558

559 Neben der Klärung materieller Fragen ist es wichtig,
560 Netzwerke über die Pflegestützpunkte zu organisieren
561 und die Angehörigen mit allem wichtigen Wissen zu un-
562 terstützen und Wege zu weiterer Hilfe zu vereinfachen.
563 Wo immer es möglich ist, schaffen wir bürokratische
564 Hindernisse ab. Das Angebot der Tagespflege halten wir
565 für ein wichtiges Instrument, um pflegende Angehöri-
566 ge zu entlasten. Daher wollen wir ein Landesprogramm
567 zur Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege-
568 plätze in den Einrichtungen schaffen, um flächende-
569 ckend und wohnortnah Entlastungsangebote zu schaf-
570 fen. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau von Pfl-
571 gehotels unterstützen, damit Pflegebedürftige und ih-
572 re Angehörigen auch gemeinsam verreisen können. Au-
573 ßerdem setzen wir uns für die Ausweitung des Modell-
574 projekts der AWO Westliches Westfalen ein, die mit ih-
575 rer Kurberatung pflegenden Angehörigen Kuren analog
576 zum System der Mutter-Kind-Kuren anbietet.

577

578 Die Digitalisierung kann und muss auch in der Pflege ge-

579 nutzt werden. Die Technik erleichtert (wenn man sie be-
580 herrscht) das selbständige Leben in der eigenen Woh-
581 nung und die Kontaktaufnahme, wenn man Hilfe benö-
582 tigt oder auch „nur“ einen kleinen Plausch mit Freunden
583 oder Familie halten möchte. Hier sollten wir alle Mög-
584 lichkeiten nutzen – über Anwenderschulungen, Umrüs-
585 tungen in den Wohnungen und die Digitalisierung der
586 Pflegezentren, Pflegedienste und aller weiteren geplan-
587 ten Angebote.

588

589 Investitionskosten fallen neben den Eigenanteilen in der
590 stationären Pflege an und sind ein großer und vor allem
591 steigender Kostenfaktor für Pflegeheimbewohnerinnen
592 und -bewohnern. Wir setzen uns für eine öffentliche För-
593 derung der Einrichtungen ein, um die Investitionskosten
594 zu mindern und Pflegeheimbewohnende so finanziell zu
595 entlasten. Gleichzeitig machen wir uns im Bund für eine
596 Deckelung der Eigenanteile stark.

597

598

599 **2.4 Bezahlbares Wohnen für alle**

600

601 Zuhause soll es schön sein. Die Wohnung gibt Sicher-
602 heit und Geborgenheit. Für Familien ist die Wohnung
603 das Zentrum des Zusammenlebens. Die Wohnung ist
604 Schutzraum und Rückzugsort. Die Wohnung ist wich-
605 tig. Genau deshalb kämpfen wir darum, dass Menschen
606 nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden - weder
607 im Arbeitsleben noch im Alter. Wir schaffen durch Neu-
608 bau für viele Menschen ein neues, gutes Zuhause, gehen
609 gegen steigende Mieten vor und helfen dabei, dass man
610 sich die eigene Wohnung mit normalem Gehalt wieder
611 leisten kann.

612

613 Unser Ziel ist es, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht
614 mehr als 30 Prozent unseres verfügbaren Haushalts-
615 einkommens für die Miete ausgeben müssen. Das soll
616 für alle zehn Millionen Mieterinnen und Mieter in
617 Nordrhein-Westfalen gelten. So bleibt der allergrößte
618 Teil des eigenen Einkommens für das gute Leben übrig.
619 Gleichzeitig unterstreichen wir unser sozialdemokrati-
620 sches Aufstiegsversprechen, und werden die Menschen
621 beim Streben nach einer Immobilie unterstützen.

622

623 Ob Familien mit oder ohne Kinder, Alleinstehende, Se-
624 nioren, Menschen mit Einschränkungen Menschen mit
625 Behinderung, Geringverdiener, Studierende oder Woh-
626 nungslose: Wir wollen für alle Menschen in Nordrhein
627 - Westfalen ein bezahlbares, gutes, barrierefreies Woh-
628 nen in einem attraktiven, lebenswerten Umfeld schaf-
629 fen.

630

631 **Bezahlbares Wohnen**

632

633 Menschen ziehen nach Nordrhein-Westfalen. Das ist
634 gut, denn es zeigt: Unser Land ist attraktiv! Diese At-
635 traktivität wollen wir nicht dadurch verlieren, dass hier
636 der Wohnraum immer knapper wird. In Nordrhein-
637 Westfalen herrscht Wohnungsnot. Nicht nur in den Me-
638 tropolen, auch in immer mehr kleineren Städten und Ge-
639 meinden finden Menschen kaum noch Wohnungen, die
640 sie sich leisten können. Die Mieten steigen drastisch und
641 fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.

642

643 Wir brauchen pro Jahr 100.000 neue Wohnungen in
644 Nordrhein-Westfalen.

645

646 Wir wollen passgenaue Lösungen erarbeiten – für die
647 verdichteten Großstädte mit explodierenden Mieten
648 und Wohnungsmangel ebenso wie für die dünner be-
649 siedelten Regionen des Landes, in denen es manchmal
650 sogar Leerstände gibt, und dabei gleichzeitig den Her-
651 ausforderungen des Klimaschutzes gerecht werden.

652

653 Die Instrumente sind unterschiedlich, das Ziel ist aller-
654 dings gleich: Wir wollen ausreichend und guten, bezahl-
655 baren Wohnraum schaffen, überall im Land.

656

657 Um den Bestand an Sozialwohnungen zu halten, benö-
658 tigen wir 25.000 neue Wohnungen mit sozialer Miet-
659 preisbindung jährlich. Die zeitliche Befristung bei öf-
660 fentlich geförderten Wohnungen lässt regelmäßig Woh-
661 nungen aus der Mietpreisbindung fallen. Um den Weg-
662 fall von mietpreisgebundenen Einheiten auszugleichen,
663 müssen jedes Jahr neue öffentlich geförderten Wohnun-
664 gen fertiggestellt werden. Um diesen Zyklus zu durch-
665 brechen, werden wir eine zusätzliche Fördersäule für
666 den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau schaffen.
667 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, mit
668 der Maßgabe die Sozialbindung zu erhalten.

669

670 Kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungs-
671 genossenschaften entfalten eine bremsende Wirkung
672 auf das örtliche Mietniveau. Gemeinwohlorientierte
673 Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossen-
674 schaften sind darüber hinaus besonders aktiv im
675 Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen, wenn
676 die notwendigen Rahmenbedingungen das zulassen.
677 Wir werden die Gründung neuer kommunaler Woh-
678 nungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften
679 unterstützen und fördern. Bestehende Unterneh-
680 men und Genossenschaften werden wir bei der
681 Realisierung neuer Vorhaben unterstützen. Konkret
682 wollen wir kommunalen Wohnungsunternehmen
683 und Wohnungsgenossenschaften besonders
684 attraktive Förderkonditionen in der öffentlichen

685 Wohnraumförderung einräumen. Dabei werden wir
686 darauf achten, dass Unternehmen mit öffentlicher
687 Beteiligung – inklusive Tochterunternehmen – Tarifver-
688 träge anwenden.

689

690 Nicht jede Kommune verfügt über ein eigenes Woh-
691 nungsunternehmen. Deshalb gründen wir eine Landes-
692 wohnungsbaugesellschaft. Diese soll im Auftrag der
693 Städte und Gemeinden arbeiten, die keine Wohnungs-
694 unternehmen haben oder deren Wohnungsunterneh-
695 men nicht schnell genug neue, bezahlbare Wohnungen
696 schaffen können. Sie soll große Projekte entwickeln
697 und umsetzen. Einzelne Gebäude können dann an
698 örtliche kommunale und gemeinwohlorientierte
699 Gesellschaften sowie Genossenschaften weitergegeben
700 werden oder bei ihr verbleiben. Durch den zusätzlichen
701 Ankauf von bestehenden Wohnungen sicher wir
702 bezahlbare Mieten im Bestand und schaffen einen
703 neuen, dem Gemeinwohl verpflichteten, Akteur am
704 Wohnungsmarkt.

705

706 Wer Wohnungen bauen will, braucht Grundstücke. Des-
707 halb wollen wir in Nordrhein - Westfalen die Chan-
708 ce nutzen, dass der Bund seine Grundstücke in unse-
709 rem Land für preisgebundenen Wohnungsbau zur Ver-
710 fügung stellt. So kann Wohnraum für Studierende, Aus-
711 zubildende, Singles, und Familien entstehen.

712

713 Um die Anzahl der notwendigen neuen Wohnungen
714 zu erreichen, braucht es schnellere und digitalisierte
715 Planungs- und Genehmigungsverfahren. Voraussetzung
716 für schnelles Bauen sind gut ausgestatte, digitalfähige
717 Bauämter in den Kommunen. Wir werden die Kommu-
718 nen finanziell stärken, damit sie in ihren Bau- und Pla-
719 nungsämtern in der Lage sind, die Aufgaben personell zu
720 bewältigen. Wir werden Planungs- und Genehmigungs-
721 verfahren digitalisieren und beschleunigen.

722

723 Wo es Leerstände gibt – auch gewerblicher Art – ,
724 müssen sie nutzbar gemacht werden. Angefangen
725 von der Förderung des Wohnungserwerbs (Jung kauft
726 Alt, Mietkauf, Gründung und Förderung von Genos-
727 senschaften) bis zum Abriss zur Aufwertung eines
728 Quartiers reicht die Palette. Dort, wo sogenannte
729 Schrottimmobilien die städtebauliche Entwicklung
730 verhindern, werden wir die Kommunen unterstüt-
731 zen, dagegen vorzugehen und Quartiere attraktiver
732 zu machen. Wir unterstützen die Bemühungen der
733 Bundesregierung kurzfristig das Vorkaufsrecht für
734 Kommunen rechtssicher auszugestalten.

735

736 Wo Renovierungsbedarf besteht, muss Modernisierung
737 auf den Weg gebracht werden. Dies gilt vor allem für

738 die Klimaziele im Gebäudesektor. Das ist möglich. Kon-
739 kret gelingt es beispielsweise in der ‚Innovation City‘ in
740 Bottrop. Deshalb ist es richtig, diesen lokalen Erfolg zum
741 Modell für ganz Nordrhein-Westfalen zu machen.

742

743 Das Wohnungsproblem ist lösbar. Deshalb packen wir es
744 an.

745

746 **Mieterschutzland Nordrhein-Westfalen**

747

748 Unter einer von uns geführten Landesregierung wird
749 Nordrhein-Westfalen zum Mieterschutzland.

750

751 Wir werden landesseitig die Spielräume, die uns das
752 Bundesrecht gibt, nutzen: Dazu gehört beispielswei-
753 se, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei
754 der Ausweisung von angespannten Wohnungsmärkten
755 auszuweiten, damit die Mietpreisbremse und andere In-
756 strumente zur Bekämpfung der Mietpreisspirale nicht
757 ausgebremst, sondern genutzt werden können.

758

759 Die Zahl der Kommunen, in denen mieterschützen-
760 de Vorschriften gelten, werden wir erhöhen. Um ei-
761 nen Mietpreisanstieg bei bestehenden Mietverhältnis-
762 sen zu begrenzen, wollen wir eine Kappungsgrenzenver-
763 ordnung einführen. Um bezahlbare Mieten zu gewähr-
764 leisten, wollen wir zudem wieder eine Umwandlungs-
765 verordnung einführen. Damit schaffen wir die Möglich-
766 keit, die Luxusmodernisierung und Umwandlung von
767 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu untersa-
768 gen, wenn dadurch die Wohnungsversorgung der Bevöl-
769 kerung bedroht wird. Auch eine Mietpreisbremse, mit
770 der ein Mietpreisanstieg bei Mieterwechsel begrenzt
771 wird, ist ein wichtiges Instrument des Mieterschutzes.

772

773 Wir wollen mehr Mieterschutz und genau deshalb wer-
774 den wir aktiv den Mietmarkt in allen Kommunen in
775 Nordrhein - Westfalen beobachten und dort eingrei-
776 fen, wo es nötig ist. Dafür schaffen wir eine neue Mie-
777 terschutzverordnung. Wir werden die Anwendung der
778 Mietpreisbremse erleichtern und die Möglichkeiten des
779 novellierten Bundesbaurechtes nutzen.

780

781 Die Möglichkeit Wohnungen kurzzeitig für zum Beispiel
782 touristische Zwecke zu vermieten, werden wir zeitlich
783 begrenzen. Dazu werden wir das Wohnraumstärkungs-
784 gesetz überarbeiten. Die Kommunen werden wir bei
785 der Umsetzung dieses Gesetzes eng einbinden. Darüber
786 hinaus statten wir die Behörden so aus, dass die Umset-
787 zung des Gesetzes kontrolliert werden kann.

788

789 Wir wollen die öffentlich-rechtliche Wohnungsaufsicht
790 auch beim Schutz von Mieterrechten wieder stärken.

791 Kommunen müssen rechtlich und materiell in die Lage
792 versetzt werden, bei groben Verstößen gegen Bauord-
793 nungsvorschriften und Mieterrechte auch hoheitlich tä-
794 tigt zu werden.

795

796 **Die eigenen vier Wände**

797

798 Wir wollen mehr Menschen den Traum von den eige-
799 nen vier Wänden ermöglichen. Eigentum ist nicht nur
800 das Zuhause. Es ist auch Altersvorsorge. Die Aussicht auf
801 ein eigenes Heim ist für uns Teil des sozialdemokrati-
802 schen Aufstiegsversprechens. Aus diesem Grund wollen
803 wir die Förderung von Wohneigentum erweitern, damit
804 sich ein deutlich größerer Bevölkerungskreis den Traum
805 der ‚eigenen vier Wände‘ erfüllen kann. Die Fördervor-
806 aussetzungen wollen wir sowohl inhaltlich so anpas-
807 sen, dass mehr Menschen von der Förderung profitieren,
808 als auch die Förderverfahren verschlanken und vereinfachen.
809 Der Kauf von Genossenschaftsanteilen kann dabei ein Beitrag sein, wie Eigentumsbildung auch in den
810 besonders angespannten Wohnungsmärkten gelingen
811 kann. Hierzu kann auch die NRW-Bank zusätzliche Hilfen leisten.

814

815 Beim Erwerb einer ersten selbst genutzten Immobilie
816 insbesondere durch Familien mit Kindern werden wir
817 die Grunderwerbsteuer durch ein gezieltes Landesprogramm kompensieren.

819

820 Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer wollen
821 wir vor den ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz
822 bewahren. Die Beiträge in oft fünfstelliger Höhe belasten besonders junge Familien sowie Rentnerinnen und
823 Rentner. Vor allem letztere geraten dadurch in existenzgefährdende Situationen, da ihnen kaum Kredite
824 gewährt werden. Wir werden daher die Straßenausbaubeiträge für Anliegerinnen und Anlieger abschaffen und
825 den Einnahmeausfall der Kommunen kompensieren.

830

831 **Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

832

833 Auch in Nordrhein-Westfalen spekulieren Investoren
834 mit Grundstücken und treiben damit die Preise nach oben. Dem schauen wir nicht tatenlos zu, sondern
835 versetzen die Städte und Gemeinden in die Lage, entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

838

839 Dafür werden wir die Möglichkeiten im Baulandmobilisierungsgesetz für Nordrhein – Westfalen nutzen und
840 so alle Potenziale ausschöpfen, um Mietwohnraum zu erhalten und mehr Wohnbauflächen zu schaffen.

843

844 Mit einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik wollen
845 wir Baukosten senken. Dafür richtet das Land einen Bo-
846 denfonds ein. In diesen fließen Grundstücke ein, die
847 das Land in Treuhand der Kommunen erwirbt und zu
848 Bauland entwickelt. Baureife Grundstücke werden zu
849 Wohnzwecken vergeben. Das erfolgt im Zuge der neuen
850 Gemeinnützigkeit ausschließlich in Erbpacht, zu einem
851 günstigen Pachtzins. Die Pachtzinserlöse fließen als Til-
852 gungen dem Bodenfonds wieder zu. Auf diese Weise
853 können Grundstücke langfristig für bezahlbaren Woh-
854 nungsbau gesichert werden und es wird eine kosten-
855 dämpfende Wirkung für den gemeinwohlorientierten
856 Wohnungsbau erreicht.

857

858 Wir werden den Kommunen schnellstens die Möglich-
859 keit geben, eine Grundsteuer C für unbebaute Grund-
860 stücke einzuführen, um so gegen Spekulation vorzuge-
861 hen. Die erzeugte Mobilisierung von Bauland hat beru-
862 hige Wirkung auf den ganzen Markt.

863

864 Wir werden die Grunderwerbsteuer für die Errichtung
865 mietpreisgebundenen Wohnraums durch ein gezieltes
866 Landesprogramm erstatten, um weitere Anreize zur
867 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu setzen.

868

869 Landeseigene Grundstücke werden wir vorrangig für
870 mietpreisgebundenen Wohnungsbau zur Verfügung
871 stellen.

872

873 Wir werden insbesondere finanzschwache Kommunen
874 dabei unterstützen, die Entwicklung von Baugebieten
875 nicht nur privaten Investoren zu überlassen. Wir wer-
876 den sie dabei unterstützen, selbst zu Akteuren zu wer-
877 den. Dies kann über kommunale Vorkaufsrechte, Ent-
878 wicklung von Bauland nur bei (zumindest anteiligem)
879 Verkauf an die Kommune sowie bei der Entwicklung
880 von Konzeptvergaben geschehen. Damit kommunale
881 Grundstücke vor dem Hintergrund der Finanznot einer
882 Kommune nicht allein an den Meistbietenden verkauft
883 werden, werden wir Kommunen bei der Nutzbarma-
884 chung für Lösungen für mietpreisgebundenen Wohn-
885 raum unterstützen.

886

887 Die Kommunen werden wir bei der Erstellung kom-
888 munaler Wohnungs- und Wohnflächenbedarfsanalysen
889 unterstützen und ermutigen die Kommunen zur Nut-
890 zung der Instrumente des Baulandmobilisierungsgeset-
891 zes (Baugebote, Erleichterung des Ausbaus von Dachge-
892 schossen, Grundsteuer C).

893

894 Damit wir beim Wohnungsbau nicht immer mehr Flä-
895 chen im Land versiegeln, reaktivieren und stärken wir
896 Instrumente zur Schaffung von Wohnbauflächen, ohne

897 bisher ungenutzte Freiflächen zu bebauen. In sehr vie-
898 len Kommunen bestehen noch Potentiale zur Verdich-
899 tung des vorhandenen Wohnungsbestandes oder des
900 Ausbaus von Dachgeschossen. Überdies haben wir ge-
901 gerade in den altindustriell geprägten Regionen Brachflä-
902 chen, die vor der Inanspruchnahme von Freiraum reak-
903 tiviert werden müssen. Bodenfonds können den Kom-
904 munen des Weiteren helfen, ihre Wohnflächenbedarfe
905 zu finanzieren. Erhebliche Potentiale ergeben sich auch
906 durch Verbesserungen der Stadt-Umland-Beziehungen.
907 Sowohl die Digitalisierung als auch ein massiver Aus-
908 bau von Bus und Bahn kann einen maßgeblichen Beitrag
909 zur Stärkung der Kommunen, der Bekämpfung des Woh-
910 nungsmangels zur Stärkung der Eigentumsbildung leis-
911 ten, weil Immobilien auf dem Land immer noch deutlich
912 erschwinglicher als in den Zentren sind.

913

914 **Umbau statt Neubau**

915

916 Wir werden zusätzlich ein großangelegtes Programm
917 zum „Umbau statt Neubau“ starten, um vorhandene
918 Bausubstanz zu verbessern, Fehlnutzungen entgegen-
919 zuwirken, Kosten zu sparen und das Klima zu schützen.
920 Der größte Klimaschaden eines Hauses entsteht beim
921 Bau. Deshalb ist es sinnvoll bestehende Bausubstanz
922 möglichst zu erhalten, statt alles neuzubauen.

923

924 Häufig ist ein Umbau bestehender Immobilien
925 ressourcen- und umweltschonender als der Neu-
926 bau. Den Baubestand in Nachbarschaften, Orten und
927 Dörfern wollen wir erhalten und modernisieren. Wir
928 wollen das Aussterben der Ortskerne bei gleichzeitigem
929 Wachstum am Ortsrand (Donut-Effekt) und damit
930 fortschreitende Zersiedelung und Flächenversiegelung
931 verhindern. Daher werden wir dazu ermutigen den
932 aktuellen Bestand zu ertüchtigen und klima- und um-
933 weltschonend zu sanieren. Damit die Kosten nicht allein
934 getragen werden müssen, werden wir die energetische
935 Sanierung sowie den Umbau auf modernen Standard
936 und für altersgerechtes Wohnen stärker als bisher
937 fördern.

938

939 Dafür werden Projekte wie „Jung kauft Alt“ fortführen,
940 anpassen und ausweiten. Gleichzeitig werden wir stär-
941 ker als bisher die Stadt-Umland-Beziehungen für eine
942 zukunftsorientierte Wohnungspolitik nutzen. Deshalb
943 sorgen wir für bessere Verkehrsverbindungen zwischen
944 Stadt und Umland. Die Arbeitswelt wird smarter und
945 auch mobiler. Die zunehmende Möglichkeit von Home-
946 office kann hier unterstützend wirken. Dafür braucht es
947 die entsprechenden Voraussetzungen. Gerade in ländli-
948 chen Gebieten ist es für einen Arbeitsplatz zu Hause un-
949 abdingbar, dass es ein vernünftiges Mobilfunknetz und

950 eine gute Internetverbindung gibt.

951

952 Einen besonderen Fokus legen wir auf die Barrierefrei-
953 heit für alle Generationen: Wir wollen, dass die Men-
954 schen in Nordrhein-Westfalen auch im Alter dort wei-
955 terleben können, wo sie verwurzelt sind. Wir werden da-
956 her bei Umbaumaßnahmen Barrierefreiheit stärker un-
957 terstützen.

958

959 **Lebenswerte Städte, Gemeinden und Dörfer**

960

961 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir
962 legen Wert darauf, dass sich die Menschen in ihrem
963 Wohnumfeld wohlfühlen können. Dazu gehört eine gu-
964 te Nah- und Gesundheitsvorsorge, eine breite Bildungs-
965 infrastruktur, ein gesundes und nachhaltiges Mikrokli-
966 ma in der Wohnumgebung sowie eine gute öffentliche
967 Nah- und Fahrradverkehrsanbindung.

968

969 Die Städte und Gemeinden werden wir bei der Ent-
970 wicklung von integrierten Siedlungskonzepten unter-
971 stützen, die alle Aspekte von Wohnen mit kurzen Wegen
972 vereinen.

973

974 Die Städtebauförderung und unsere Wohnungspolitik
975 werden wir darauf ausrichten, dass die Aspekte von
976 nachhaltigem und gesundem Leben in den Nachbar-
977 schaften mit Blick auf das gesamte Wohn- und Lebens-
978 umfeld Berücksichtigung finden.

979

980 Wir werden die Städte und Gemeinden bei notwendigen
981 städtebaulichen und ökologischen Umbaumaßnahmen
982 unterstützen. Wir werden die Städte und Gemeinden
983 bei notwendigen städtebaulichen barrierefreien
984 Umbau- und Klimaanpassungsmaßnahmen
985 unterstützen. Kommunale und landeseigene
986 Gebäude werden wir verpflichtend klimaneutral bauen
987 und möglichst ökologisch betreiben. Zum Beispiel mit
988 einem Investitions- und Förderprogramm „Mit Was-
989 ser und Natur das Quartier lebenswert machen“, um
990 den Auswirkungen des Klimawandels mit neuen und
991 Lebensqualität fördernden Konzepten zu begegnen.
992 Grün- und Wasserflächen sorgen dafür, dass Wasser
993 Raum und Rückhalt findet, zum Beispiel Stadtgrün oder
994 Dachbegrünung. Solche Flächen können Regenwasser
995 gezielt aufnehmen, (zwischen-)speichern und wirken
996 zugleich wie große natürliche Klimaanlage.

997

998 Mit der Internationalen Gartenausstellung IGA 2027
999 soll an mehreren Orten im Ruhrgebiet die grünste
1000 Stadtlandschaft der Welt entstehen. Wir unterstützen
1001 die IGA 2027, in der wir eine große Chance auch für
1002 eine integrierte Stadt- und Regionalentwicklung, eine

1003 zukunftsgerichtete Gestaltung des Landschaftsraumes
1004 und die Vernetzung der Kommunen im Ruhrgebiet - der
1005 schon heute grünsten Industrieregion der Welt - sehen.
1006

1007 Die Bedürfnisse von Kindern- und Jugendlichen sollen
1008 in besonderer Weise berücksichtigt werden. Dafür le-
1009 gen wir ein Landesprogramm „1.000 Spielplätze in Nord-
1010 rhein - Westfalen“ auf. Kinder und Jugendliche wollen
1011 wir bei der Entwicklung neuer Spiel- und Freizeitflächen
1012 aktiv beteiligen.

1013

1014 Eine gute Nah- und Gesundheitsversorgung sowie
1015 belebte Innenstädte sind für uns der Anspruch. Wir
1016 werden daher einen „Masterplan Innenstadt“ auf
1017 den Weg bringen. Auf diesem Weg bringen wir ei-
1018 nen attraktiven Mix aus Handel, Arbeit, Wohnen,
1019 Kultur, Handwerk und Gastronomie in unsere In-
1020 nenstädte und machen unsere Kommunen zur
1021 aktiven Kraft der Innenstadtpolitik. Hierzu gehört
1022 ein barrierefreier öffentlicher Raum einschließlich
1023 barrierefreier öffentlicher Toilettenanlagen.

1024

1025 Unser Ziel: Ein belebter Dorfplatz, eine belebte Innen-
1026 stadt.

1027

1028 Corona hat die Krise unserer Innerstädte und Stadtteil-
1029 zentren offen zu Tage treten lassen. Die Innenstädte sind
1030 häufig unsere Visitenkarte, Orte der Begegnung, der
1031 Kultur, der Gastronomie, Hotels, nicht nur des Einkaufs.
1032 Zur Strategie der Reaktivierung unserer Innenstädte
1033 wollen wir auch bessere Möglichkeiten schaffen, das
1034 Wohnen in den Städten wieder zu ermöglichen. Dazu
1035 werden wir die Städtebauförderung des Landes ebenso
1036 wie das Baurecht im Rahmen unserer Möglichkeiten an-
1037 passen. Bestehende Förderprogramme des Bundes und
1038 der Länder zeigen, dass es vielfältige Ansätze zur Ver-
1039 bindung von online- und stationärem Handel gibt und
1040 Wohnen in den Innenstädten möglich ist, wenn die so-
1041 ziale und verkehrliche Infrastruktur verbessert wird. Das
1042 Modellprojekt „Smart Cities“ zeigt zahlreiche Beispiele
1043 einer digitalen Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern
1044 zeigt, dass die Digitalisierung vieler Lebensbereiche in
1045 den Kommunen die Lebensqualität verbessert.

1046

1047 **3. EIN MODERNER STAAT der BÜRGERINNEN UND**
1048 **BÜRGER: Digital, handlungsfähig, verlässlich**

1049

1050 Der Staat dient uns Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb
1051 soll er gut funktionieren. Die Corona-Pandemie und Flut-
1052 katastrophe haben den Modernisierungsbedarf unse-
1053 res Landes schonungslos offengelegt. Ob Infrastrukturu-
1054 ren oder Behörden und Verwaltungen: staatliches Han-
1055 deln muss schneller und effektiver werden. Es geht dar-

1056 um, das Leben der Menschen einfacher zu machen.

1057

1058 Modernisierung fängt bei richtig verstandener Digitali-
1059 sierung an. Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Gu-
1060 te analoge Verfahren werden zu guten digitalen Prozes-
1061 sen. Genau deshalb beteiligen wir alle entscheidenden
1062 Akteure in der Verwaltung und der Zivilgesellschaft am
1063 Digitalisierungsvorhaben. Es sollen gute digitale Prozes-
1064 se entstehen, die Verwaltung leichter statt schwer ma-
1065 chen.

1066

1067 Ein moderner Staat – digital, handlungsfähig und ver-
1068 lässlich – ist die Voraussetzung für gute Politik und funk-
1069 tionierende Demokratie. Als Dienstleister soll der Staat
1070 den Bürgerinnen und Bürgern partnerschaftlich und auf
1071 Augenhöhe begegnen. Gleichzeitig sollen sich alle dar-
1072 auf verlassen können, dass es in Nordrhein-Westfalen
1073 läuft und vorangeht. Das ist unser Anspruch und unser
1074 Versprechen.

1075

1076 Die Voraussetzung eines modernen und handlungsfähi-
1077 gen Staates sind Investitionen in die Zukunft, eine nach-
1078 haltige Finanzierung sowie ein leistungsfähiger und at-
1079 traktiver Öffentlicher Dienst.

1080

1081 **3.1 WIR MODERNISIEREN DIE VERWALTUNG UND MA-**
1082 **CHEN NORDRHEIN-WESTFALEN DIGITALER**

1083

1084 Die Verwaltung muss agiler und digitaler werden. Wir
1085 werden die Digitalisierung der Landesverwaltung vor-
1086 antreiben und eng mit der Umsetzung des Onlinezu-
1087 gangsgesetzes vernetzen. Gemeinsam mit dem Bund
1088 und den Kommunen sorgen wir für eine bürgernahe,
1089 barrierefreie und effiziente öffentliche Verwaltung, die
1090 das Leben der Menschen erleichtert und den konkreten
1091 Nutzen der Digitalisierung verdeutlicht. Weg vom Silo-
1092 Denken hin zu einer handlungsfähigen öffentlichen Ver-
1093 waltung auf allen staatlichen Ebenen. Dies steigert die
1094 Akzeptanz und reduziert mögliche Vorbehalte gegen di-
1095 gitale Prozesse.

1096

1097 **Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen machen wir ge-**
1098 **meinsam**

1099

1100 Wir wollen die digitale Verwaltung in Nordrhein-
1101 Westfalen für alle Menschen gleichermaßen mit
1102 niedrigen Hürden nutzbar machen. Hier gilt es, die
1103 IT-Infrastruktur in allen Kommunen und auch in der
1104 Landesverwaltung auf einen aktuellen leistungsfähigen
1105 Stand zu bringen und die Mitarbeitenden in den Verwal-
1106 tungen auf diesem Weg von Anfang an mitzunehmen,
1107 dies unter Beachtung des Gesundheitsschutzes für die
1108 Mitarbeiter*innen. Dabei werden wir berücksichtigen,

1109 dass nicht alle Menschen digitale Angebote nutzen
1110 können oder wollen.

1111

1112 Unser Versprechen ist klar: Für uns ist Digitalisierung
1113 kein Stückwerk, sondern folgt einem echten Masterplan.

1114 Genau diesen erstellen wir am Anfang der kommenden
1115 Wahlperiode und sorgen dafür, dass bis 2030 unser Land
1116 digitales Vorbild in Deutschland wird.

1117

1118 Für uns ist klar, wir brauchen im Rahmen des Master-
1119 plans „Digitales NRW 2030“ eine klare Strategie zur
1120 öffentlichen Datenhoheit, wir wollen einen Digitalrat
1121 gemeinsam mit zentralen Akteuren der Digitalisierung
1122 einführen und gemeinsam mit der IT- und Digitalwirt-
1123 schaft offene Standards und Schnittstellen definieren.
1124 So sorgen wir dafür, dass die öffentliche Verwaltung in
1125 ganz Nordrhein - Westfalen mit Bürgerinnen und Bür-
1126 gern und Unternehmen unkompliziert zusammenarbei-
1127 ten kann.

1128

1129 Die Digitalisierung ist schneller und innovativer als heu-
1130 tige Verwaltungsprozesse. Deshalb schaffen wir Experi-
1131 mentierräume und Reallabore, um damit digitale Tech-
1132 niken gemeinsam frühzeitig und schnell mit Nutzerin-
1133 nen und Nutzern zu testen.

1134

1135 Und weil Digitalisierung Kompetenz braucht und nicht
1136 mal eben nebenbei gemacht werden kann, schaffen wir
1137 attraktive Arbeitsplatzmodelle für IT-Berufe innerhalb
1138 der Landes- und Kommunalverwaltungen.

1139

1140 Zudem wollen wir bereits in der Ausbildung in der öf-
1141 fentlichen Verwaltung ein stärkeres Gewicht auf digita-
1142 le Fähigkeiten legen sowie zur Personalgewinnung neue
1143 Tarifmodelle einführen, Fachkarrieren ermöglichen und
1144 den Quereinstieg aus der Praxis mit verbesserten Quali-
1145 fizierungsangeboten erleichtern.

1146

1147 Gemeinsam mit dem Bund wollen wir für schnelle
1148 Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren
1149 sorgen, um private wie staatliche Investitionen schnell,
1150 effizient und zielsicher umsetzen zu können. Unser Ziel
1151 ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Da-
1152 durch treiben wir auch den flächendeckenden Gigabit-
1153 und 5G-Ausbau konsequent voran. Deshalb werden wir
1154 gemeinsame Standards im Rahmen der Digitalisierung
1155 von Kommunen und Behörden schaffen, um Reibungs-
1156 verluste künftig zu vermeiden. Dazu gehört auch, Behör-
1157 den und Verwaltungen – vor allem auch auf kommuna-
1158 ler Ebene – personell besser auszustatten.

1159

1160 Wir wollen gesellschaftliche, soziale und wirtschaftli-
1161 che Innovationen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft

1162 bestmöglich fördern und so für eine transparente und
1163 partizipative Digitalpolitik sorgen, die über alle Politik-
1164 felder hinweg strategisch umgesetzt wird.

1165

1166 **3.2 WIR MACHEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST ATTRAK-** 1167 **TIVER**

1168

1169 Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst – gute Schulen,
1170 eine präzise Polizei und Justiz, handlungsfähige Ge-
1171 nehmigungsbehörden, eine starke Finanzverwaltung –
1172 sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des
1173 Landes. Ohne einen handlungsfähigen Staat, ohne gu-
1174 te Dienstleistungen für die Menschen durch einen leis-
1175 tungsfähigen öffentlichen Dienst verlieren die Bürgerin-
1176 nen und Bürger Vertrauen in unser Land.

1177

1178 Angesichts von zurzeit fast 18000 unbesetzten Stellen
1179 beim Land NRW ist die Handlungsfähigkeit des Staates
1180 akut gefährdet. Deshalb ist Sicherung der Handlungs-
1181 fähigkeit des öffentlichen Dienstes in NRW, durch die
1182 Besetzung offener Stellen, eine zentrale Aufgabe einer
1183 neuen Landesregierung. Die dazu notwendige Attrak-
1184 tivierung des öffentlichen Dienstes geht nur mit und
1185 nicht gegen die Beschäftigten. Die alte Landesregierung
1186 hat es nicht geschafft, diese Attraktivierung voranzu-
1187 bringen. Auch weil sie darüber mit den Gewerkschaften
1188 keinen Dialog auf Augenhöhe geführt hat. Uns ist be-
1189 wusst, dass eine Attraktivierung der Öffentlichen Diens-
1190 tes nicht zum Nulltarif zu erreichen ist

1191

1192 Um den Öffentlichen Dienst für die jungen Menschen in
1193 NRW, aber auch für die jetzt Beschäftigten, attraktiver
1194 zu machen, werden wir im Dialog mit den Beschäftigten
1195 und ihren Gewerkschaften ein Maßnahmenpaket erar-
1196 beiten und umsetzen.

1197

1198 Das heißt ganz konkret:

1199

1200 Wir werden die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beam-
1201 ten schrittweise zurückfahren und an die Arbeitszeit der
1202 Tarifbeschäftigten angleichen. In einem ersten Schritt
1203 werden wir zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Fa-
1204 milie und Beruf die Arbeitszeit von Beamtinnen und Be-
1205 amten mit kleinen Kindern, mit pflegebedürftigen Fami-
1206 lienmitgliedern und im Schichtdienst verringern.

1207

1208 Wir werden die Langzeitarbeitszeiten besser ausgestal-
1209 ten und zu einer Verkürzung der Arbeitszeit nutzen.

1210

1211 Wir werden für eine gerechte und gleiche Besoldung für
1212 Lehrkräfte sorgen.

1213

1214 Wir werden verbindliche Regeln für das Home Office

1215 schaffen.

1216

1217 Wir werden die Kostendämpfungspauschale abschaf-
1218 fen.

1219

1220 Wir werden das Zulagenwesen zeitgemäß ausgestalten.

1221 Dies betrifft insbesondere die Entwicklung der Zulagen
1222 für den Dienst zu ungünstigen Zeiten sowie die
1223 Feuerwehr- und Polizeizulage.

1224

1225 Wir werden dem Beispiel anderer Bundesländer folgen
1226 und Landesbeamtinnen und Landesbeamten die Wahl
1227 der Krankenkasse (GKV) ermöglichen, indem das Land
1228 einen Zuschuss für die Beamtinnen und Beamten zahlt,
1229 die sich gesetzlich versichern wollen. So schaffen wir
1230 echte Wahlfreiheit.

1231

1232 Wir werden Schritte zur verbesserten Eingangsbesol-
1233 dung unternehmen.

1234

1235 Wir werden die sachgrundlosen Befristungen in der Lan-
1236 desverwaltung abschaffen.

1237

1238 Wir werden die Bewertungskriterien für Beförderungen
1239 auf strukturelle Benachteiligung von Frauen überprü-
1240 fen, um die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen für
1241 Führungspositionen zu ermöglichen.

1242

1243 Wir werden im öffentlichen Dienst die veränderte,
1244 vielfältigere Gesellschaft abbilden. Der Arbeitgeber
1245 Staat muss die Interkulturalität stärken und bei den
1246 Menschen mit Migrationsgeschichte ein Interesse
1247 am Staatsdienst wecken und Hemmnisse bei der
1248 Einstellung und Karriere abbauen.

1249

1250 **3.3 DEMOKRATIE VON GRUND AUF STÄRKEN**

1251

1252 Demokratie muss man jeden Tag verteidigen. Sie ist
1253 keine Selbstverständlichkeit – auch wenn sie sich zum
1254 Glück in unserem Alltag oft so anfühlt. Wir wollen ein
1255 Land, dass sich um seine Demokratinnen und Demo-
1256 kraten bemüht, das Demokratie vermittelt und dazu er-
1257 zieht. Wir stehen für das demokratische Nordrhein -
1258 Westfalen.

1259

1260 **Wir stärken die Politische Bildung**

1261

1262 Zentrales Instrument zur Stärkung der Demokratie ist
1263 die politische Bildung. Sie muss in der Kita beginnen, in
1264 allen Schulformen fortgesetzt und fester Bestandteil der
1265 Weiterbildung sein. Der hohe Anteil fachfremd erteil-
1266 ten Politikunterrichts muss reduziert werden. Wir wer-
1267 den daher auch das Fach Sozialwissenschaften in be-

1268 währter Form wieder einführen. Auch im außerschuli-
1269 schen Bereich muss die politische Bildung für alle ge-
1270 stärkt werden. Dazu wollen wir die Landeszentrale für
1271 politische Bildung als eigenständige Einrichtung besser
1272 ausstatten. Die Förderrichtlinien wollen wir anpassen,
1273 damit bereits Projekte mit Teilnehmenden ab 14 Jah-
1274 ren unterstützt werden können. Den jährlichen Demo-
1275 kratiebericht für Nordrhein-Westfalen werden wir fort-
1276 schreiben.

1277

1278 Wir werden Initiativen zur politischen Partizipation
1279 von Menschen mit Behinderung stärken und
1280 Informationsmedien in leichter Sprache fördern.

1281

1282 Politische Bildung findet in Nordrhein-Westfalen auf
1283 vielfältige Weise statt. Demokratischen Bildungsorte
1284 wollen wir noch stärker in ihrer Arbeit unterstützen
1285 und miteinander vernetzen. Die wichtige Arbeit der Ge-
1286 denkstätten in Nordrhein-Westfalen werden wir weiter
1287 fördern und den Ausbau der Gedenkstätte des Kriegsge-
1288 fangenenlagers ‚Stalag 326‘ unterstützen. Wir werden
1289 die Grundlage schaffen, dass junge Menschen bis zum
1290 Eintritt in ihr Berufsleben zumindest einmal eine Ge-
1291 denkstätte oder einen Erinnerungsort besucht haben.
1292 In dem Zusammenhang wollen wir auch die internatio-
1293 nale Jugendarbeit, besonders die Austausch mit Israel,
1294 sowie die Präventionsarbeit mit jungen Menschen, ziel-
1295 gruppenspezifisch, stärken.

1296

1297 **Wir gehen konsequent gegen Rechtsextremismus vor**

1298

1299 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie zum Bei-
1300 spiel Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie
1301 rechte Gewalt sind eine zunehmende Bedrohung für
1302 das gute Zusammenleben der Menschen in Nordrhein-
1303 Westfalen. Rechtsradikale versuchen immer stärker,
1304 Hass als demokratisch legitimierte politische Position zu
1305 tarnen.

1306

1307 Wir stellen uns jeder Form von Rechtsradikalismus ent-
1308 gegen! Jegliche Zusammenarbeit mit rechtsradikalen
1309 Kräften schließen wir aus und werden die auch stets
1310 klar benennen, wenn andere Parteien mit diesen zusam-
1311 menarbeiten. Eine Verharmlosung des Rechtsextremis-
1312 mus durch Verweise und Vergleiche mit anderen Extre-
1313 mismusformen lehnen wir ab. Antifaschistische Arbeit
1314 in Politik und Zivilgesellschaft hat für uns einen hohen
1315 Stellenwert. Wir stehen Schulter an Schulter mit all je-
1316 nen, die sich für unsere Demokratie engagieren. Hier-
1317 zu unterstützen wir die SPD auf Bundesebene bei der
1318 Loslösung dieses Engagements aus der Projektlogik, hin
1319 zu einer langfristigen Unterstützung mithilfe eines De-
1320 mokratiefördergesetzes. Die zukünftige Förderung muss

1321 zudem auf Tarifsteigerungen reagieren.

1322

1323 Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und
1324 zur Prävention gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-
1325 Westfalen werden wir durch Unterstützung bei ihrer
1326 Vernetzung und durch ihren Ausbau stärken.

1327

1328 Auch die Arbeit im Bereich der Beratung und Aufklärung,
1329 der Engagierten gegen den Hass im Netz, der Opferbe-
1330 ratungen und den staatlichen wie insbesondere nicht
1331 staatlichen Hilfen für Ausstiegswillige werden wir wei-
1332 ter unterstützen und dort, wo es nötig ist, ausbauen.
1333 Bereits die letzte SPD geführte Landesregierung brachte
1334 das „integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextre-
1335 mismus“ auf den Weg. An diesem wollen wir anknüp-
1336 fen, die Evaluierung auswerten und das Konzept ge-
1337 benenfalls erweitern. Das kommunale Förderprogramm
1338 „NRWelttoffen“ wollen wir im Rahmen eines Landesde-
1339 mokratiefördergesetzes von einem Förderprogramm zu
1340 einer dauerhaft finanzierbaren Aufgabe machen und
1341 gleichzeitig ausweiten.

1342

1343 Die im SPD „Masterplan gegen Rechtsextremismus“
1344 benannten Punkte werden wir umgehend umsetzen
1345 und, soweit Gesetzesänderungen erforderlich sind, die-
1346 se auf den Weg bringen. Hierzu gehören unter ande-
1347 rem, dass Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden für
1348 rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibili-
1349 siert werden müssen, dass ein Lagebild Antisemitismus,
1350 Rassismus und Diskriminierung erstellen werden muss,
1351 das jährlich dezidiert Auskunft darüber gibt, wie Men-
1352 schen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung und Reli-
1353 gion Opfer von Gewalttaten, rassistischen Angriffen und
1354 Unterdrückung werden. Zudem muss dieses Lagebild
1355 auch Auskunft über Einstellungen in der Gesellschaft zu
1356 Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung geben,
1357 um bereits frühzeitige Warnsignale wahrnehmen und
1358 reagieren zu können und, dass die gesellschaftswissen-
1359 schaftlichen Fächer gleichermaßen über alle Schulfor-
1360 men hinweg gestärkt werden, um allen Schülerinnen
1361 und Schülern die gleiche Ausgangsbasis für die gesell-
1362 schaftliche Teilhabe in einer Demokratie zu ermögli-
1363 chen.

1364

1365 **Wir modernisieren und stärken die Politische Beteili-**
1366 **gung**

1367

1368 Politische Beteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil
1369 jeder Demokratie. Der Schlüssel zur politischen Teilha-
1370 be ist das Wahlrecht. Wir streben eine umfassende Re-
1371 form des Wahlrechts und Wahlsystems in Nordrhein-
1372 Westfalen an, so dass der Grundsatz der Allgemeinheit
1373 der Wahl erfüllt, die Wahlbeteiligung erhöht und die

1374 Größe des Landtages angemessen begrenzt wird. Wir
1375 wollen das aktive Wahlrecht für Landtagswahlen auf
1376 16 Jahre herabsenken und das kommunale Wahlrecht
1377 auch auf Ausländer und Ausländerinnen aus Nicht-
1378 EU-Staaten erweitern. Schließlich treten wir weiterhin
1379 für eine gleichberechtigte Besetzung von Parlamenten
1380 durch ein verfassungskonformes Paritätsgesetz ein.

1381

1382 Damit Kinder- und Jugendliche gut vorbereitet und
1383 mündig ihre Wahlentscheidung schon mit 16 Jah-
1384 ren treffen können, machen wir die Beteiligung von
1385 Kindern- und Jugendlichen in den Kommunen zur
1386 Pflicht. Dabei legen wir uns keine feste Form der Betei-
1387 ligung fest, sondern ermuntern zum Erproben vielfälti-
1388 ger Formen und Verfahren der Kinder- und Jugendbetei-
1389 ligung im ganzen Land.

1390

1391 Darüber hinaus wollen wir die parlamentarischen und
1392 direktdemokratischen Verfahren durch beratende For-
1393 men der Bürgerbeteiligung, wie zum Beispiel Bürgerrä-
1394 te ergänzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzu-
1395 geben. Auf Landesebene werden wir Bürgerräte zu kon-
1396 kreten Fragestellungen einsetzen und hierdurch der so-
1397 zial ungleichen Teilhabe an politischen Prozessen ent-
1398 gegenwirken, indem möglichst viele Interessen frühzei-
1399 tig eingebunden werden, die sonst keine Berücksichti-
1400 gung finden. Die Erfahrungen mit Bürgerräten sollen
1401 mittelfristig in ein Bürgerbeteiligungsgesetz einfließen.
1402 Zudem werden wir auf kommunalen Ebene Verfahren
1403 prüfen, die den gemeinsamen Austausch und das kol-
1404 lektive Abwägen konkreter Entscheidungsprobleme be-
1405 inhalten. Außerdem wollen wir Kommunen dabei unter-
1406 stützen, sich Regelungen für ihre Bürgerbeteiligungsver-
1407 fahren (z.B. Bürgerbeteiligungssatzungen) zu geben. So
1408 wird für die Menschen in den Städten und Gemeinden
1409 transparent, wie sie sich außerhalb von Wahlen einbrin-
1410 gen können. Gleichzeitig wird der kommunalen Selbst-
1411 verwaltung Rechnung getragen.

1412

1413 Die Rahmenbedingungen für das kommunale politische
1414 Ehrenamt werden wir verbessern, zum Beispiel durch
1415 familienfreundliche Sitzungszeiten oder digitale Sitzun-
1416 gen. Wir wirken außerdem darauf hin, Aufsichtsgremi-
1417 en und Vorstände von öffentlich-rechtlichen Unterneh-
1418 men paritätisch zu besetzen. Die Attraktivität des kom-
1419 munalpolitischen Ehrenamtes soll in Zusammenarbeit
1420 mit den kommunalpolitischen Vereinigungen erhöht
1421 und Rahmenbedingungen angepasst werden, um bis-
1422 her unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen für
1423 die Kommunalpolitik zu gewinnen.

1424

1425 Wir stärken die Transparenz der politischen
1426 Willensbildung durch ein Lobbyregister und einen

1427 legislativen Fußabdruck.

1428

1429 Insbesondere bei jungen Menschen ist uns, neben
1430 der politischen Bildung, die politische Beteiligung
1431 besonders wichtig. Daher erkennen wir die
1432 Interessensvertretung von Schüler*innen und
1433 Studierenden als das Sprachrohr ihrer Gruppe an
1434 und möchten ihr die Möglichkeit zusprechen, die
1435 Schüler*innen- und Studierendenperspektiven in
1436 allen Politikbereichen präsent zu machen. Mit diesem
1437 allgemeinpolitischen Mandat stärken wir die politische
1438 Partizipation von jungen Menschen und binden sie
1439 vermehrt in Entscheidungsprozesse mit ein.

1440

1441 **Wir stärken das ehrenamtliche Engagement**

1442

1443 Ein weiteres Fundament unserer offenen demo-
1444 kratischen Gesellschaft bildet das ehrenamtliche
1445 Engagement. Die rund sechs Millionen Ehrenamt-
1446 lichen in Nordrhein- Westfalen in rund 120.000
1447 Vereinen und Organisationen werden wir struk-
1448 turell stärken. Rund sechs Millionen Menschen in
1449 unserem Land engagieren sich ehrenamtlich – in
1450 Vereinen, der Pflege, für Geflüchtete, in Gemeinden,
1451 in Initiativen, den Hilfswerken, der Feuerwehr. Ein
1452 unverzichtbarer Beitrag, damit unser Miteinander
1453 gelingt und NRW lebens- und liebenswert bleibt. Auch
1454 in der Corona-Pandemie und bei der Flutkatastrophe
1455 zeigten die Menschen in unserem Land, dass sie sich
1456 gegenseitig helfen und unterstützen. Deshalb werden
1457 wir die Ehrenamtlichen in Nordrhein-Westfalen mit
1458 ihren rund 120.000 Vereinen und Organisationen
1459 strukturell stärken. Wir wollen mehr junge Menschen
1460 für das Ehrenamt begeistern. Eine besondere Heraus-
1461 forderung wird dabei in den kommenden Jahren die
1462 durch die Corona-Pandemie weggebrochene ehren-
1463 amtliche Struktur darstellen, die wir gemeinsam mit
1464 den Kommunen reaktivieren werden. Hierzu werden
1465 wir ein Landesprogramm, sowie auch kommunale
1466 Programme zur Demokratieförderung aufbauen. Die
1467 Engagementstrategie inklusive der Kleinstförderung
1468 werden wir weiterentwickeln und fortschreiben. Wir
1469 wollen junge Menschen für das Ehrenamt begeistern
1470 und gemeinsam mit dem Bund Haftungsrisiken redu-
1471 zieren. Insbesondere in strukturschwachen Regionen
1472 wollen wir bürgerschaftliches Engagement auch mit
1473 Hilfe der Deutschen Stiftung für Engagement und
1474 Ehrenamt stärken.

1475

1476 **3.4 Handlungsfähige Kommunen garantieren lebens-**
1477 **werte Heimat**

1478

1479 Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für

1480 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kommunen sind Hei-
1481 mat für die Menschen! Denn nur dort, wo Menschen
1482 sich zuhause fühlen, übernehmen sie auch Verantwor-
1483 tung für ihre Stadt, ihr Dorf und ihr Wohnviertel. Hier
1484 existieren intakte Nachbarschaften, vor Ort hält man zu-
1485 sammen und gestaltet eine gemeinsame Zukunft.

1486

1487 Nur mit gesunden Finanzen sind Städte und Gemeinden
1488 auch politisch handlungsfähig. Deshalb wollen wir die
1489 Kommunen als Herzkammern unseres demokratischen
1490 Systems wieder befähigen, aktiv die Zukunft der Städ-
1491 te und Gemeinden zu gestalten und dafür sorgen, dass
1492 die Stadtparlamente relevante Entscheidungsspielräu-
1493 me haben. Verwaltungen müssen mehr sein als Such-
1494 maschinen für das nächste Förderprogramm. Zudem
1495 müssen kommunale Verwaltungen vom teilweise un-
1496 einheitlichen und unverhältnismäßig hohen bürokrati-
1497 schen Aufwand bei der Inanspruchnahme, Umsetzung
1498 und Abwicklung von Förderprogrammen entlastet wer-
1499 den. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden
1500 wieder aus eigener Kraft kommunale Infrastruktur und
1501 hochwertige öffentliche und bürgernahe Dienstleistun-
1502 gen zur Verfügung stellen können. Eine SPD-geführte
1503 Landesregierung führt den Dialog mit den Kommunen
1504 auf Augenhöhe und bindet sie stärker in Entscheidungs-
1505 prozesse ein.

1506

1507 **Wir lassen die Kommunen bei den Folgen der Coronakri-
1508 se nicht im Regen stehen**

1509

1510 Dem guten Beispiel anderer sozialdemokratisch regier-
1511 ter Bundesländer folgend, nehmen wir die Kommunen
1512 bei den Gewerbesteuerausfällen unter den Rettungs-
1513 schirm. Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2021
1514 und 2022 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von
1515 100% des pandemiebedingten Ausfalls bei der Gewerbe-
1516 steuer zu. Nach Möglichkeit wollen wir die Kommunen
1517 auch im Jahr 2023 in dieser Weise unterstützen.

1518

1519 Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2022 bis
1520 2024 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von 50%
1521 des pandemiebedingten Ausfalls bei der Gewerbeste-
1522 er zu und setzen auf die Mithilfe des Bundes bei den ver-
1523 bleibenden 50%.

1524

1525 Die Kommunalfinanzen auf Grund der Coronapandemie
1526 aufzustocken war richtig und notwendig. Wir lehnen
1527 aber die „Kreditierung“ ab, wie es Schwarz-Gelb umge-
1528 setzt hat. Unter einer SPD-geführten Landesregierung
1529 wird es keine Rückforderung der Ausgleichsbeträge für
1530 2021 & 2022 und in späteren Jahren geben. Vielmehr
1531 werden wir die Kommunen auch in den Jahren 2023 bis
1532 2025 wirksam von den Corona bedingten Lasten schüt-

1533 zen. Deswegen braucht es echte finanzielle Unterstüt-
1534 zung, um die Kommunen nicht in eine „neue“ Altschul-
1535 denfalle laufen zu lassen.

1536

1537 **Wir stellen die Kommunalfinanzen auf neue und nach-**
1538 **haltige FüÙe**

1539

1540 Gemeinsam mit dem Bund schaffen wir eine Lösung für
1541 die kommunalen Altschulden, damit Zukunfts- und Ent-
1542 wicklungsperspektiven landesweit wieder gleich stark
1543 werden. Notfalls werden wir eine landeseigene Lösung
1544 schaffen.

1545

1546 Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen, ziel-
1547 gerichtet in Zukunftsprojekte (wie z.B. attraktive Innen-
1548 städte) investieren zu können. Hierfür stellen wir daher
1549 ausreichende Mittel bereit.

1550

1551 Wir machen die Kommunen widerstandsfähig für künf-
1552 tige Krisenzeiten. Dazu braucht es eine dauerhafte und
1553 aufgabenangemessene Grundfinanzierung der Städte,
1554 Gemeinden und Kreise. Wir stellen zudem fest, dass vie-
1555 le Kommunen an Kapazitätsgrenzen stoßen, was die In-
1556 anspruchnahme der vielfältigen Förderprogramme der
1557 Bundes- und Landesebene angeht. Zunehmend müs-
1558 sen Städte und Gemeinden zusätzliche Personalressour-
1559 cen nur für die Administration von Fördermitteln ein-
1560 setzen. Dem wollen wir Rechnung tragen und die breite
1561 Förderkulisse übersichtlicher und weniger bürokratisch
1562 gestalten zugunsten einer verbesserten Grundfinanzie-
1563 rung der Kommunen. Wir werden daher den Verbund-
1564 satz schnellstmöglich auf zunächst 24 Prozent anheben.
1565 Die Anhebung des Verbundsatzes auf 25 Prozent ver-
1566 knüpfen wir mit der Evaluation der Förderprogramme,
1567 um die hierdurch freiwerdende Finanzmittel zur Gegen-
1568 finanzierung einzusetzen.

1569

1570 Wir stärken daher den kommunalen Finanzausgleich.
1571 Er soll die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingun-
1572 gen unserer Kommunen ausgleichen und so das Errei-
1573 chen gleichwertiger Lebensbedingungen befördern. Die
1574 Verlagerung von Mitteln hin zu finanzkraftunabhängi-
1575 gen Zuweisungen lehnen wir ab. Das GFG ist so auszu-
1576 gestalten, dass echte Zuweisungen die Last für die kom-
1577 munale Ebene wirksam reduzieren – und zwar auch bei
1578 deren Sozialausgaben.

1579

1580 Die Kommunen brauchen mehr Unterstützung bei den
1581 Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Hier werden wir
1582 ansetzen und partnerschaftlich eine Lösung für die Auf-
1583 wärtsdynamik bei den Kosten erreichen. Wir brauchen
1584 einen familienpolitischen Neustart in der Kinderbetreu-
1585 ung mit fairer Kostenverteilung. Weitere familienpoli-

1586 tisch sinnvolle Maßnahmen bringen wir gerne auf den
1587 Weg, aber wir stellen sicher, dass dann auch der Grund-
1588 satz gilt: Wer bestellt, der bezahlt auch. Wir stellen so
1589 sicher, dass das Land keine Versprechen macht, die von
1590 den Kommunen finanziert werden müssen.

1591

1592 Wir stellen Förderprogramme und das kommunale Ver-
1593 gaberecht auf den Prüfstand, um bürokratische Hemm-
1594 nisse zu beseitigen. Insbesondere die Kommunen, die
1595 kaum in der Lage sind, Eigenbeiträge im Rahmen von
1596 Förderprogrammen zu erbringen, brauchen unsere Un-
1597 terstützung. Tariftreue, die Unterbindung von Kinderar-
1598 beit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden in einem
1599 modernen Vergaberecht garantieren, ohne dafür kom-
1600 munale Vergabeprozesse zu verlängern. Gerade in der
1601 Zeit nach Corona brauchen wir unsere Kommunen als
1602 Impulsgeber für einen Konjunkturaufschwung.

1603

1604 **Gute Zusammenarbeit**

1605

1606 Wir bekennen uns zu interkommunaler und regionaler
1607 Zusammenarbeit – und fördern diese. Das Wohlergehen
1608 der eigenen Kommunen darf nicht durch ruinösen Wett-
1609 bewerb auf dem Rücken der Nachbarn aufbauen.

1610

1611 **Zukunftsfähige Daseinsvorsorge**

1612

1613 Die kommunalen Unternehmen gewährleisten vor Ort
1614 eine hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge in den Be-
1615 reichen Wohnen, Energie, Entsorgung, Verkehr, Wasser,
1616 Gesundheit, Pflege und Telekommunikation. Mit den
1617 kommunalen Unternehmen befinden sich wichtige Teile
1618 der lokalen Infrastruktur in Bürgerhand. Wir werden die
1619 Strukturen für kommunale Unternehmen weiter ver-
1620 bessern und unterstützen die vielfältigen Kooperatio-
1621 nen mit der örtlichen Wirtschaft.

1622

1623 Unsere Sparkassen sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen
1624 sie weiter stärken. Eine Privatisierung des Sparkassen-
1625 sektors kommt für uns nicht in Frage. Durch die an-
1626 haltende Niedrigzinsphase und immer höhere Regulie-
1627 rungsanforderungen vom Bund und der EU ist ihr Ge-
1628 schäft schwieriger geworden. Trotzdem bleiben die Fili-
1629 aldichte und die Kundennähe ein Markenkern der Spar-
1630 kassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigten
1631 in den Sparkassen weiterhin angemessen entlohnt wer-
1632 den und die Tarifbindung nicht infrage gestellt wird.

1633

1634 **3.5 ZUKUNFTSINVESTITIONEN UND NACHHALTIGE FI-** 1635 **NANZEN**

1636

1637 NRW braucht eine finanzpolitischen Gesamtstrategie
1638 zur Überwindung der gesellschaftlichen und

1639 wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise
1640 und zur zukunftsorientierten Neuaufstellung
1641 des Landes. Zu dieser Strategie gehören ein
1642 Zukunftsinvestitionsprogramm, eine Haushaltspolitik
1643 die die Probleme im Land anpackt und ein Programm
1644 für den sozialen und wirtschaftlichen Neustart in NRW
1645 aus dem Rettungsschirm.

1646

1647 Die Infrastruktur in Deutschland ist in vielen Bereichen
1648 nicht zukunftsfest. Das wollen wir nicht beklagen, son-
1649 dern schlicht ändern.

1650

1651 Wir folgen hierbei klar den Hinweisen der Wissenschaft.
1652 Denn inzwischen sind sich alle führenden Wirtschafts-
1653 institute Deutschlands einig, dass Haushaltskonsolidie-
1654 rung um jeden Preis und notwendige Investitionen nicht
1655 zusammenpassen. Allein in Nordrhein - Westfalen be-
1656 steht eine Investitionslücke von mindestens 27 Milliar-
1657 den Euro. Ein Kaputtsparen aus dieser Krise darf und
1658 wird es mit uns nicht geben.

1659

1660 Deshalb werden wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm
1661 auflegen, um den Investitionsstau in NRW zu
1662 bekämpfen. Insbesondere bei Schulen, durch die
1663 Neuaufgabe des Programmes gute Schule 2020,
1664 das die alte Landesregierung auslaufen lies und
1665 durch Zukunftsinvestitionen zur Bekämpfung
1666 des Klimawandels, zur Neuaufstellung des
1667 Gesundheitswesens, gegen die Wohnungsnot und
1668 für die Digitalisierung. Dabei investieren wir sozial,
1669 ökologisch und ökonomisch nachhaltig.

1670

1671 Weil die Abschaffung der Schuldenbremse im Bund ak-
1672 tuell keine Mehrheit finden wird, müssen wir alternative
1673 Wege gehen. Daher werden wir andere Instrumente, die
1674 uns zur Verfügung stehen aktiv nutzen.

1675

1676 Die Schuldenbremse mauert uns nicht so sehr ein, wie
1677 sie aktuell in Nordrhein – Westfalen gelebt wird. Wir
1678 wollen Spielräume geben, statt sie weiter zu begren-
1679 zen. Deshalb werden wir die „Konjunkturkomponente“
1680 in der Schuldenbremse in Nordrhein – Westfalen weni-
1681 ger restriktiv verankern als heute. Unser Ziel: Spielräume
1682 für Investitionen gewinnen.

1683

1684 Dabei gehen wir aber auch alternative Finanzierungs-
1685 wege. Wir haben gelernt: Das Programm „Gute Schule
1686 2020“ war ein Erfolg. Die Abwicklung und Bereitstellung
1687 der Mittel über die NRW.Bank und die Tilgung durch den
1688 Landeshaushalt sind ein Modell, was auch für zukünftige
1689 Investitionsausgaben umgesetzt werden sollte. Hier-
1690 bei können andere Länder wie Berlin oder Hamburg Vor-
1691 bilder sein.

1692

1693 Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen
1694 der Pandemie werden uns noch lange begleiten.
1695 Wir werden die negativen Folgen aktiv bekämpfen,
1696 durch Maßnahmen gegen die soziale Spaltung, durch
1697 Programme zur Bekämpfung von Bildungsrückständen,
1698 durch eine Stärkung der Gesundheitsvorsorge, durch
1699 die Unterstützung wirtschaftlich gefährdeter Branchen
1700 wie Gastronomie, Schausteller und Veranstalter
1701 und durch eine bessere finanzielle Ausstattung
1702 der Kommunen. Dazu werden wir ein aus dem
1703 NRW-Corona-Rettungsschirm finanziertes Programm
1704 für den wirtschaftlichen und sozialen Neustart in NRW
1705 auf den Weg bringen.

1706

1707 Wir Dazu werden wir prüfen, ob der Corona-
1708 Rettungsschirm über 2022 hinaus genutzt werden
1709 kann, um einen wirklichen Neustart aus der Krise zu
1710 meistern. Auch hier können andere Bundesländer Vor-
1711 bild sein. Gleichzeitig werden wir einen Tilgungsplan
1712 zur Rückzahlung der „Coronaschulden“ des Landes
1713 vorlegen.

1714

1715 Fördermittel des Bundes werden von den Kommunen
1716 aufgrund bürokratischer Hürden oder schlicht fehlender
1717 Planungs- und Baukapazitäten zu wenig abgerufen. Hier
1718 setzen wir uns für eine weitere Verschlankung der An-
1719 tragsverfahrens ein. Für uns gilt: Kein Euro darf verfal-
1720 len.

1721

1722 Die Haushalte von Schwarz-Gelb waren vor allem da-
1723 durch geprägt, dass hunderte Millionen Euro – aufgrund
1724 fehlenden Personals – nicht ausgegeben wurde. Zehn-
1725 tausend offene Stellen in den Schulen, den Finanzäm-
1726 tern und bei der Justiz zeigen, dass diese Landesregie-
1727 rung keinen Plan hat, wie sie dieses Problem angehen
1728 soll. Offene Stellen unterrichten aber keine Schüler*in-
1729 nen oder genehmigen Brücken und Straßen.

1730

1731 Jede Betriebsprüfung bringt im Schnitt mehr als ei-
1732 ne Millionen Euro Mehreinnahmen für die öffentliche
1733 Hand. Wir werden das Personal in diesem Bereich weiter
1734 verstärken, weil es sich direkt finanziell positiv auswirkt.
1735

1736 Den Kampf gegen jede Form der Steuerhinterzie-
1737 hung, -vermeidung und -betrug werden wir in der
1738 erfolgreichen Tradition unseres ehemaligen NRW-
1739 Finanzministers Norbert Walter-Borjans konsequent
1740 weiterführen – sei es gesetzgeberisch oder personell.
1741 Hierzu werden wir auch die Möglichkeiten der Digi-
1742 talisierung der Steuerbehörden nutzen. Wir dürfen
1743 den Entwicklungen nicht hinterherrennen, sondern
1744 müssen sie schon im Keim ersticken. Die juristische

1745 Aufarbeitung des betrügerischen Steuerraubs durch
1746 CumEx werden wir aktiv unterstützen.

1747

1748 Das Gleiche gilt für den Bereich Geldwäsche. Die Länder
1749 haben hier die Aufgabe, Nichtfinanzinstitutionen, Mak-
1750 ler, Notare und Händler zu überwachen. Es bedarf mas-
1751 siv mehr Personal und Mittel, um dieser Aufgabe nach-
1752 zukommen. Hier müssen mögliche Gesetzeslücken ge-
1753 schlossen werden. Wir werden die Einrichtung einer Lan-
1754 desbehörde zur Bekämpfung der Geldwäsche, in der die
1755 bisher zersplitterten Zuständigkeiten auf Landesebene
1756 gebündelt werden sollen, prüfen.

1757

1758 Die positiven Auswirkungen der Neuregelung der Bund-
1759 Länder-Finanzien unter Hannelore Kraft wirken sich bis
1760 heute positiv auf den Haushalt aus.

1761

1762 Durch die gescheiterte Reform der Erbschaftssteuer und
1763 der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer werden
1764 die finanziellen Spielräume der Länder eingeschränkt.
1765 Diese Mittel fehlen für dringend notwendige Maßnah-
1766 men. Zusätzliche finanziellen Spielräume können so
1767 nur durch steigende Steuereinnahmen auf Grund wirt-
1768 schaftlicher Dynamik entstehen. Umso wichtiger ist es
1769 durch staatliche Investitionen und die Unterstützung
1770 der Wirtschaft für den Neustart aus der Krise diese Dy-
1771 namik zu fördern.

1772

1773 Geringe Steuereinnahmen auf Grund von Entscheidun-
1774 gen des Bundes, zum Beispiel durch sogenannte Su-
1775 perabschreibungen, sind für den Landeshaushalt nicht
1776 finanzierbar. Entsprechende Einnahmeverluste müssen
1777 den Ländern und Kommunen kompensiert werden.

1778

1779 Befristete Hilfen des Bundes für Integration, Bildung
1780 und weitere Aufgaben, müssen verstetigt werden.

1781

1782 Wir als SPD stehen für eine starke und handlungsfähige
1783 öffentliche Hand. Wir wollen die Finanzmittel aufbrin-
1784 gen, die es für gute Schulen, gute Straßen und Brücken
1785 und für eine moderne Verwaltung braucht. So machen
1786 wir das Leben vieler Menschen besser und stärken aktiv
1787 die Wirtschaft in Nordrhein - Westfalen. Denn LKW müs-
1788 sen über Brücken fahren, Züge müssen rollen, Fachkräfte
1789 müssen ausgebildet werden. Deshalb ist eine Landesre-
1790 gierung, die investiert, das Rückgrat eines erfolgreichen
1791 Landes. Investitionen in die Zukunft, mehr Mittel für Bil-
1792 dung und entschlossene Maßnahmen gegen die Folgen
1793 der Pandemie werden dazu beitragen zukünftige finan-
1794 zielle Belastungen für das Land zu vermeiden. Genau so
1795 eine Landesregierung wollen wir anführen.

1796

1797 **4. Wie wir (miteinander) leben wollen**

1798

1799 **4.1 Wir schaffen moderne Mobilität: Verlässlich, Be-**
1800 **zahlbar und ökologisch**

1801

1802 Mit uns wird es diesen derzeitigen Stillstand in
1803 Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben. Unser Ziel
1804 ist umfassende Verkehrs- und Mobilitätswende, um
1805 umweltschonender, verlässlicher, barrierefrei und für
1806 alle bezahlbar unterwegs zu sein.

1807

1808 Mobilität ist für uns ein zentraler Baustein der Daseins-
1809 vorsorge, Voraussetzung für gleichwertige Lebensver-
1810 hältnisse und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft-
1811 und des Logistikstandorts Nordrhein-Westfalen. Wir
1812 wollen und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur unse-
1813 res Landes ausbauen und modernisieren, auch damit die
1814 vielfältigen Mobilitätsangebote für die Menschen zu-
1815 kunftssicher aufgestellt sind

1816

1817 Wir nehmen dafür Geld in die Hand, um deutlich mehr in
1818 die öffentlichen Verkehrsangebote und in die Verkehrs-
1819 infrastruktur unseres Landes zu investieren.

1820

1821 Wir wollen, dass unser Land seinen Beitrag zur Errei-
1822 chung der Klimaschutzziele für 2030 und 2045 leistet.
1823 Deshalb werden wir uns für eine deutlich stärkere
1824 Verlagerung von Verkehrsanteilen auf die Anbieter
1825 öffentlicher Verkehre wie den öffentlichen Personen-
1826 nahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr
1827 (SPNV) sowie Deutsche Bahn für die Fernstrecken
1828 einsetzen. Hand in Hand mit unseren europäischen
1829 Nachbarn bauen wir NRW zur Drehscheibe für nationale
1830 und internationale Nachtzugverbindung aus. So
1831 fördern wir durch klimaneutrale Fernverbindungen die
1832 Stellung NRW als Mobilitätshub, sichern Arbeitsplätze,
1833 unterstützen den Tourismusstandort und fördern
1834 zugleich den europäischen Austausch. Auch die
1835 Schienengüterverkehre und die Verkehre auf den Bin-
1836 nenwasserstraßen wollen wir nachhaltig und stärker
1837 fördern. Zu unserem Aufbruch in der Mobilitätspolitik
1838 gehört eine umfassende Digitalisierung, wie auch
1839 eine Erhöhung des Innovationstempos. Zu unserem
1840 Aufbruch in der Mobilitätspolitik gehört die Umsetzung
1841 von Barrierefreiheit, eine umfassende Digitalisierung,
1842 wie auch eine Erhöhung des Innovationstempos.

1843

1844 Wir wollen die Verkehrswege so ausbauen, dass al-
1845 le Verkehrsträger attraktive Angebote für die Mobili-
1846 tät der Menschen und der Wirtschaft bieten können.
1847 Das bedeutet einen erheblichen Ausbau der Verkehrs-
1848 infrastruktur vom Fuß- und Radverkehr über ÖPNV und
1849 Schiene bis zur Stärkung der Binnenschifffahrtswege.
1850 Mobilitätsangebote müssen für jeden erreichbar und

1851 bezahlbar sein, denn Mobilität sichert gesellschaftliche
1852 Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg.

1853

1854 **Fuß- und Radverkehr (Nahmobilität)**

1855

1856 Wir wollen die Nahmobilität deutlich stärken. Das be-
1857 deutet einen Umbau der Verkehrsinfrastruktur, insbe-
1858 sondere in den Kommunen sowie viele Maßnahmen
1859 zur Steigerung der Verkehrssicherheit für Fußgänger
1860 und Radfahrer. In diesem Zusammenhang unterstützen
1861 wir die Vision Zero mit dem Ziel, die Anzahl der Toten
1862 und Schwerverletzten im Straßenverkehr auf null zu
1863 senken. Die Förderung der Nahmobilität muss Chefsa-
1864 che werden. Deswegen wollen wir eine Stabsstelle Nah-
1865 mobilität beim Landesverkehrsministerium schaffen.
1866 Die Förderung der Nahmobilität ist besonders wichtig.
1867 Deswegen wollen wir eine Stabsstelle Nahmobilität
1868 direkt beim Landesverkehrsministerium schaffen.

1869

1870 Wir wollen die Radwegenetze im Land ausbauen und Lü-
1871 cken in den Vorrangnetzen für den Radverkehr schlie-
1872 ßen. Die bereits definierten Radschnellwege werden
1873 mit uns auch schnell Gestalt annehmen. Dazu nutzen
1874 wir die neuen Chancen des Bundes, um Planungs- und
1875 Bauverfahren zu beschleunigen.

1876

1877 Allein werden wir all dies nicht schaffen. Insbesondere
1878 die Kommunen sind unsere Partner und zentrale Akteu-
1879 re für die Verkehrswende. Gemeinsam wollen wir mit
1880 den Kommunen konkrete Ziele für die Fahrrad- und Nah-
1881 mobilität vereinbaren und die vereinbarten Maßnah-
1882 men mit ausreichend finanziellen Mitteln hinterlegen.
1883 n. Das gilt vor allem für die Umgestaltung der vorhande-
1884 nen Verkehrsflächen und den Ausbau der zugehörigen
1885 Infrastruktur, wie z.B. Radwegenetze, Fahrradabstellan-
1886 lagen und Servicestationen, Ladestationen für E-Bikes,
1887 Pedelecs usw.

1888

1889 **Schienerverkehr, ÖPNV und SPNV**

1890

1891 Für den von uns angestrebten Modernisierungsschub ist
1892 auch eine durchgängige Digitalisierung der Kundenan-
1893 gebote für den Personenverkehr erforderlich. Mit lan-
1894 deseinheitlicher Kunden-App auf dem Smartphone und
1895 Kilometer genauer Abrechnung der Beförderungsleis-
1896 tung, wollen wir für ganz Nordrhein - Westfalen einen
1897 wichtigen Schritt in die digitale Zukunft machen.

1898

1899 Dieser Mobilisierungsschub soll an den ländlich gepräg-
1900 ten Räumen des Landes nicht vorbeigehen. Deshalb
1901 werden wir die Erreichbarkeit von ÖPNV- und SPNV-
1902 Angeboten für jeden Menschen im Land per Mobilitäts-
1903 garantie, d.h. ab der eigenen Haustür bis zum nächs-

1904 ten Anknüpfungspunkt öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, gewährleisten.

1906

1907 Aber nicht nur der ländliche Raum, sondern auch der
1908 urbane Raum hat Anforderungen an einen modernen
1909 ÖPNV. Insbesondere in einem polyzentrischen Raum
1910 wie dem Ruhrgebiet ergeben sich aus dieser dicht
1911 verwobenen Vielzahl der Städte ganz besondere
1912 Anforderungen der Menschen an einen attraktiven und
1913 metropolengerechten ÖPNV aus einem Guss. Daher
1914 unterstützen wir die Bestrebungen im Ruhrgebiet bspw.
1915 die vielen kommunalen Nahverkehrspläne zeitlich und
1916 inhaltlich stärker aufeinander abzustimmen und
1917 insbesondere die Stadtgrenzen überschreitenden
1918 Verkehre zu optimieren.

1919

1920 Wir werden die Elektrifizierung und Reaktivierung von
1921 Bahnstrecken weiter vorantreiben, das vorhandene Streckennetz ausweiten und barrierefreie Mobilitätsstationen zur Verknüpfung von Mobilitätsangeboten verschiedenster Art besonders fördern. Auch die Schienen-güterverkehre wollen wir in enger Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG im Rahmen unserer Möglichkeiten entschlossen fördern, um die Straßen vom Güterverkehr zu entlasten.

1929

1930 Den Dschungel an Sonder-Tickets und Monatskarten für junge Menschen werden wir abschaffen. Für Schülerinnen und Schüler werden wir ein kostenfreies Ticket einführen. Damit entlasten wir nicht nur die Schulträger, Kommunen und Verkehrsunternehmen von erheblicher Bürokratie, sondern stärken die umweltfreundliche Mobilität von Kindesbeinen an. Wir werden die Zuschüsse des Landes zum Sozialticket erhöhen, um Mobilität auch über die Stadtgrenzen hinweg zu ermöglichen.

1939

1940 Wie bereits im Kapitel „Die gute Arbeit von morgen“ ausgeführt, werden wir die Kosten für das Azubiticket reduzieren und dem Niveau von Studierendentickets angleichen.

1944

1945 Unser langfristiges Ziel ist ein durch eine Umlage solidarisch finanzierter, ticketloser ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das 365 Euro-Ticket.

1949

1950 Ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr setzt Verlässlichkeit der Mobilitätsangebote voraus. Grundlage dieser Verlässlichkeit ist eine gute personelle Ausstattung der Verkehrsunternehmen mit qualifizierten Arbeitskräften. Deswegen werden wir uns auch zukünftig für tarifliche- und soziale Standards und gute Ausbildungsbedingungen für die Beschäftigten einsetzen. Die

1957 Privatisierung des ÖPNV ist gescheitert, wir setzen uns
1958 für die Stärkung des Ausbaus des ÖPNVs in öffentlicher
1959 Hand ein.

1960

1961 **Straßenverkehr**

1962

1963 Hauptverkehrsträger in Nordrhein-Westfalen ist weiter-
1964 hin die Straße mit jeweils rund 70 % Verkehrsanteil bei
1965 Personen und Gütern. Deshalb werden wir die Investi-
1966 tionen in den Erhalt des vorhandenen Landesstraßen-
1967 netzes fortführen und die Kommunen weiterhin verläss-
1968 lich unterstützen. Gute Straßenverhältnisse verhindern
1969 Staus und senken die Lärmbelastung für die Anwohne-
1970 rinnen und Anwohner.

1971

1972 Hinsichtlich der Autobahn GmbH werden wir uns,
1973 mit Blick auf die neue Zuständigkeit des Bundes in
1974 Nordrhein-Westfalen, für die Einsetzung eines politi-
1975 schen Beirates einsetzen, um eine landesseitige de-
1976 mokratische Kontrolle und Interessenvertretung zu ge-
1977 währleisten. Die Abarbeitung des Bundesverkehrswege-
1978 plans 2030, insbesondere was den vordringlichen Bedarf
1979 mit Engpassbeseitigung angeht, werden wir weiterhin
1980 nachhaltig unterstützen.

1981

1982 Mit Blick auf den Zustand unserer Autobahnbrücken
1983 ist es im Interesse unseres Bundeslandes hier im
1984 engen Austausch mit der Autobahn GmbH zu stehen
1985 und unsere Interessen bestmöglich zu vertreten. Der
1986 Neubau der Rahmedetalbrücke an der BAB45 muss mit
1987 allen in der Zuständigkeit des Landes liegenden Mitteln
1988 begleitet und vorangetrieben werden. Betroffene
1989 Anwohnerinnen und Anwohner, die Stadt Lüdenscheid
1990 und alle umliegenden betroffenen Kommunen, aber
1991 auch die heimischen Unternehmen werden wir konkret
1992 entlasten und unterstützen.

1993

1994 Der erschreckende Anstieg des Straßengüterverkehrs
1995 treibt unser Land weiter in den Stau. Deswegen werden
1996 wir uns dafür einsetzen eine vermehrte Verlagerung von
1997 Güterverkehren auf die Schiene und die Binnenwasser-
1998 straßen zu bewirken.

1999

2000 Den Ausbau der E-Mobilität werden wir als ein weite-
2001 res zentrales Element einer gelingenden Verkehrswen-
2002 de weiter fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung der
2003 entsprechenden Infrastruktur, wie zum Beispiel von La-
2004 desäulen.

2005

2006 **Luftverkehr**

2007

2008 Der Luftverkehr ist das Tor in eine globalisierte Welt.
2009 Auch hier wollen wir Nordrhein-Westfalen zukunfts-

2010 orientiert fortentwickeln. Das heißt Planungssicherheit
2011 für die Flughäfen durch ein Nordrhein - Westfalen-
2012 Luftverkehrskonzept einerseits und vermehrten Lärm-
2013 schutz für die Anwohnerinnen und Anwohner anderer-
2014 seits.

2015

2016 Das dezentrale Luftverkehrssystem in Nordrhein-
2017 Westfalen hat sich bewährt. Wir brauchen auch
2018 zukünftig die Anbindung der Regionen an die Hubs des
2019 internationalen Luftverkehrs und einen Frachtflughafen
2020 Köln/Bonn, der 7 Tage die Woche und 24 Stunden am
2021 Tag geöffnet ist. Wir wollen das verbinden mit einem
2022 wirksamen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner
2023 vor Fluglärm und sonstigen Emissionen, indem wir auf
2024 den Einsatz modernsten Fluggeräts drängen. Zudem
2025 werden wir eine stärkere Spreizung von Start- und
2026 Landeentgelten für die Fluggesellschaften unter ökolo-
2027 gischen Gesichtspunkten schaffen. Das gilt auch für die
2028 Überschreitung von Betriebszeiten.

2029

2030 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die
2031 Förderung des Luftverkehrs ohne Wettbewerbsverzer-
2032 rungen stattfinden kann. Das bedeutet mit einer star-
2033 ken Stimme in Berlin und in Brüssel auf eine Harmoni-
2034 sierung der Rahmenbedingungen für den Luftverkehr in
2035 Europa zu dringen.

2036

2037 Wir werden uns für die Abschaffung von
2038 Wettbewerbsverzerrungen zwischen dem Luftverkehr
2039 und anderen Verkehrsträgern wie der Bahn
2040 einsetzen. Das bedeutet, mit einer starken Stimme
2041 in Berlin und Brüssel auf eine Harmonisierung der
2042 Rahmenbedingungen für alle Verkehrsträger zu
2043 dringen, vor allem in Bezug auf eine Besteuerung von
2044 Flugkerosin und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und
2045 Arbeitnehmer.

2046

2047 **Binnenschifffahrt**

2048

2049 Die Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen ist ein
2050 schlafender Riese, den wir wachrütteln wollen. Mit 720
2051 km Binnenwasserstraßen, davon 240 km Rhein und 480
2052 km Schifffahrtskanälen, mit rund 120 Häfen, verfügt un-
2053 ser Land über eine starke Infrastruktur für diesen Ver-
2054 kehrsträger. Mit Blick auf den Gütertransport liegen hier
2055 erhebliche Kapazitäts- und Entwicklungspotenziale. Die
2056 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen kann einen
2057 wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Verkehrswen-
2058 de, mit Blick auf mehr Klimaschutz und moderne Mobi-
2059 lität, leisten, indem deutlich mehr Güter auf dem Was-
2060 ser und nicht mehr auf der Straße transportiert werden.
2061 Deswegen wollen wir Nordrhein-Westfalen als Hafен-
2062 und Logistikstandort weiter ausbauen.

2063

2064 Wir werden uns zuallererst dafür einsetzen, dass der
2065 Instandhaltungsstau bei den Binnenwasserstraßen in
2066 Nordrhein-Westfalen schneller überwunden wird. Dar-
2067 über hinaus wollen wir uns für den zukunftsgerech-
2068 ten Ausbau dieser Bundesverkehrswege, nämlich die Be-
2069 schleunigung von Brückenanhebungen für mehrlagigen
2070 Containerverkehr, für größere Wendebecken in den Hä-
2071 fen und für mehr trimodale Standorte einsetzen. Den
2072 Bau einer zweiten Schleuse für den Hafen Dortmund
2073 werden wir auch weiterhin in Berlin einfordern. Dazu
2074 gehört für uns auch die Sicherung von Entwicklungsflä-
2075 chen für unsere Häfen.

2076

2077 Wir begrüßen die Initiative der neuen Bundesregierung
2078 zur Stärkung der Hinterland-Anbindungen unserer Hä-
2079 fen. In Berlin werden wir mit Nachdruck dafür wer-
2080 ben, dass diese Politik auch unserem Land Nordrhein-
2081 Westfalen zugutekommt, was die Anbindung an die für
2082 uns wichtigen Häfen in Belgien und den Niederlanden
2083 angeht.

2084

2085 Wir selbst wollen einen stärkeren Beitrag zur Förde-
2086 rung der Binnenschifffahrt leisten. Zu dieser unserer
2087 modernen Mobilitätspolitik gehört ein Förderprogramm
2088 zur Ökologisierung der Binnenschifffahrt, mit dem die
2089 Emissionen der Dieselmotoren von Binnenschiffen im
2090 Bestand minimiert werden. Damit wollen wir konkret
2091 den in Nordrhein-Westfalen ansässigen Binnenschif-
2092 fern durch ein Zuschuss- und Kreditprogramm in Ab-
2093 stimmung mit der NRW.BANK helfen. Darüber hinaus
2094 werden wir uns gegenüber dem Bund dafür einset-
2095 zen, Hemmnisse bei der Landstromversorgung von Bin-
2096 nenschiffen im steuerlichen Bereich zu beseitigen und
2097 eine Wiedereinführung der Negativbescheinigung für
2098 Großraum- und Schwerguttransporte prüfen.

2099

2100